

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 45.

Sonnabend, den 9. November 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Kosten für Werkzeugschärfen dürfen vom Jahresverdienst nicht abgezogen werden. — Sind Arbeiter auch Menschen? — Wirkungen eines modernen Krieges. — Das Heim des Arbeiters. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Rundschau. — Ein Toter an die Lebenden. — Literarisches. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Illage: Wirtschaftliche Rundschau. — Die Feuerung und die Arbeiter nach den Berichten der Fabrikinspektoren. — Wie die Waisenversicherung durchgeführt wird. — Steinausschreibungen. — Ein Jubiläum des Steinfacherverbandes. — Feuilleton: Von Hasenrädern.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Esperter Lind: Elberfeld: Firma Kretschmar. — Sandtal: Granitwerk Steinerne Renne. — Mülhausen (Elsass): Werkplatz Brüder.

Schweiz: Laufen ist zu meiden.
Österreich: Esperter Lind: Reichenberg, Gablonz, Triesch, Marbach, Budapest, Gyor, Georgswalde (Böhmen).

Die Kosten für Werkzeugschärfen dürfen vom Jahresarbeitsverdienst nicht abgezogen werden.

Eine wichtige, generelle Entscheidung des Reichsversicherungsamts haben wir unsern Lesern zu unterbreiten. In Nr. 16 des „Steinarbeiter“ vom Jahre 1911 war ein Urteil des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung zu Leipzig veröffentlicht worden, wonach das Schiedsgericht, entgegen seinen früheren Gepflogenheiten, entschieden hatte, daß die den Steinbrucharbeitern für Beschaffung und Schärfung des Werkzeugs entstehenden Kosten von dem für die Berechnung einer Unfallrente maßgebenden Jahresarbeitsverdienst nicht abgezogen werden dürfen. Wir hielten diese Entscheidung deshalb für besonders wichtig, weil sie klar zum Ausdruck bringt, daß der mit den Arbeitern beim Arbeitsantritt ausdrücklich oder stillschweigend vereinbarte Lohn zur Bestreitung des Lebensunterhaltes dient und daß dabei nicht vereinbart oder berücksichtigt werden kann, daß der Arbeiter noch andere, mehr im Interesse des Unternehmertums als in seinem eigenen Interesse liegende Ausgaben bestreiten muß. Ueberrimmt der Arbeiter derartige Ausgaben, so tut er es freiwillig, auf keinen Fall aber darf der Arbeitgeber solche Ausgaben vom Lohn des Arbeiters in Abzug bringen. Das darf er nur dann, wenn es sich gemäß § 117 der Gewerbeordnung um Einrichtungen handelt, die zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien getroffen sind. Als eine solche Einrichtung ist aber, wie das Schiedsgericht ausdrücklich hervorgehoben hat, das Schmieden und Schärfen des Werkzeugs nicht anzusehen und insoweit sind die hierfür nötigen Aufwendungen vom Lohn nicht abzuziehen. Damit wäre, natürlich ohne es zu wollen, die alte Forderung der Steinarbeiter nach Abschaffung der Schmiede- und Schärfungskosten und Tragung derselben durch den Unternehmer bekräftigt, was bei künftigen Forderungen dieser Art sicher ins Gewicht fallen dürfte. Das ist aber nur eine Folge der Schiedsgerichtsentscheidung, während ihr eigentlicher Zweck darin besteht, bei Berechnung von Unfallrente den tatsächlich vereinbarten und erzielten Jahresverdienst in Anrechnung zu bringen und den Arbeiter vor einer zu geringen Unfallrente zu schützen. Um das klarer erscheinen zu lassen, empfiehlt es sich, mit einigen Worten auf die Berechnung der Unfallrente unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung einzugehen.

Die Unfallrente wird nach dem Verdienst berechnet, den der Verletzte während des letzten Jahres im Betriebe bezogen hat. Ist dieser Jahresarbeitsverdienst höher als 1800 Mk., wird der Teil über 1800 Mk. nur mit einem Drittel angerechnet. War der Verletzte ein volles Jahr vor dem Unfall im Betrieb beschäftigt, so gilt als Jahresarbeitsverdienst das dreihundertfache des durchschnittlichen Verdienstes für den vollen Arbeitstag. War der Verletzte noch kein volles Jahr im Betrieb, so wird seinem eigenen im Unfallbetriebe erzielten Arbeitsverdienst zugezählt, was in den übrigen betriebsüblichen Arbeitstagen gleichartige Arbeiter verdient haben, oder es wird, wenn solche Arbeiter nicht vorhanden sind, die Zahl der betriebsüblichen Arbeitstage mit dem durchschnittlich erzielten Tagesverdienst des Verletzten vervielfältigt. Erreicht der Jahresarbeitsverdienst nicht das Dreihundertfache des ortsüblichen Lohnes für erwachsene Arbeiter, so gilt das Dreihundertfache dieses Lohnes als Jahresarbeitsverdienst. Ein im Betriebe verletzter Arbeiter hat, solange er völlig erwerbsunfähig ist, Anspruch auf Vollrente, die aber nicht dem vollen, nach den vorstehend angeführten Berechnungen vorhandenen Jahresarbeitsverdienstes entspricht, sondern nur zwei Drittel dieses Jahresarbeitsverdienstes entspricht. Bei nur teilweiser Erwerbsunfähigkeit besteht Anspruch auf einen entsprechenden Teil der Vollrente. Angenommen, ein Arbeiter hat vor dem Unfall einen Jahresarbeitsverdienst von 1950 Mk. erzielt, so würde der Rentenberechnung zugrunde zu legen sein 600 Mk. und der überschüssende Teil mit nur einem Drittel,

zusammen also 1850 Mk. Da die Vollrente nur zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes beträgt, so würde sie rund 1230 Mk. ausmachen. Ist der Verletzte nur noch um 30 Prozent erwerbsunfähig, so hätte er rund 370 Mk., bei 10 Prozent Erwerbsunfähigkeit etwa 123 Mk. Rente pro Jahr zu beanspruchen. Hieraus geht hervor, daß die Rente auf das knappste bemessen ist und durchaus nicht als vollgültiger Ersatz des eingebüßten Arbeitsverdienstes gelten kann, denn die bei völliger Erwerbsunfähigkeit gewährte Vollrente ist in der Regel um ein Drittel geringer als der tatsächlich verlorengegangene Arbeitsverdienst, zum Teil sogar noch geringer. Wird nun gar noch der Jahresarbeitsverdienst aus anderen Gründen gekürzt, z. B. um 75, 100 oder 150 Mk. für Beschaffen und Schärfen von Werkzeug, so geht daraus klar hervor, daß bei jeder derartigen Kürzung auch die Rente geringer werden muß und daß sie immer weniger als Ersatz des durch Unfallfolgen verlorengegangenen Verdienstes gelten kann. Das kann natürlich nicht im Sinne des Gesetzes liegen, findet auch im Gesetz keinerlei Stütze und entspricht keineswegs einer sozialen Auffassung. Dennoch ist diese Handhabung bei der Steinbrucharbeitergenossenschaft (Königreich Sachsen) üblich gewesen und das Schiedsgericht hat längere Zeit diesen Standpunkt geteilt, bis nunmehr endlich durch die Entscheidungen vom 25. März 1911 das Schiedsgericht einen andern und jedenfalls den richtigen Standpunkt eingenommen hat.

Man hätte nun annehmen können, daß die vom Schiedsgericht angeführten Gründe auch die Berufsgenossenschaft zu einer andern Auffassung hätten bekehren müssen. Aber die Steinbrucharbeitergenossenschaft meinte, daß die Schiedsgerichtsentscheidung falsch sei, daß, wenn auch zum Schaden der Arbeiter, die Unternehmer zur Kürzung des Jahresarbeitsverdienstes und die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer entsprechend niedrigeren Rente berechtigt seien. Deshalb erhob sie gegen das Schiedsgerichtsurteil Rekurs beim Reichsversicherungsamt. Drei Gründe machte sie hierfür geltend und zwar wurde erstens behauptet: „Die den Bossierern gewährten Akkordlöhne sind vom Arbeitgeber so bemessen, daß sie nicht bloß ein Entgelt für die Arbeitstätigkeit, sondern zum Teil auch eine Entschädigung für die den Bossierern obliegende Anschaffung und Instandhaltung der Werkzeuge bilden.“

Demgegenüber konnte von dem Vertreter der klagenden Arbeiter festgestellt werden, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter in den verschiedenen Steinbrüchen durchaus nicht einheitlich geregelt sind und deshalb nicht ohne weiteres angenommen werden kann, daß in allen Betrieben die Bossierer besser bezahlt werden als andere Arbeiter. In dem hier in Frage kommenden Unfallbetriebe erzielten zwar die Bossierer im einzelnen teilweise wesentlich höhere Löhne als die andern Arbeiter, aber wenn man die von den verschiedenen Berufsgruppen erzielten Gesamtdurchschnittslöhne vergleicht, so fällt der Durchschnittslohn in der Gruppe der Bossierer geringer aus, als in der Gruppe der Brecher und der Fahrer. Das kommt daher, weil ausschließlich im Akkordlohn gearbeitet wird, wobei der einzelne, ganz nach seiner Leistungsfähigkeit, teils einen hohen, teils einen niedrigen Verdienst erzielt. Daß die Akkordlöhne unter besonderer Berücksichtigung der für Werkzeugschärfen erforderlichen Aufwendungen festgesetzt sind, konnte nicht angenommen werden und wurde auch von den Arbeitern entgegengesetzt bestritten. Niemanden haben diese Kosten einen direkten oder indirekten Einfluß auf die Festsetzung der Löhne ausgeübt, vielmehr sind die Kosten für Werkzeugschärfen, soweit die Arbeiter dieselben selbst tragen müssen, als eine ganz ungerechtfertigte Belastung hingegenommen worden.

Des weiteren suchte die Berufsgenossenschaft eine frühere Entscheidung des Reichsversicherungsamts zu ihren Gunsten zu verwerten. Das Reichsversicherungsamt hatte nämlich im Jahre 1908 entschieden, daß diejenigen Bezüge, welche die Beglückten als Entschädigung für die ihnen obliegende Beschaffung des Grubenöls erhalten, dem Lohne nicht zuzurechnen sind. Hier liegt aber die Sache ganz anders. Es handelt sich, wie auch die Berufsgenossenschaft zugeben mußte, um eine „Entschädigung“, die neben dem Lohne gezahlt wurde, also als Arbeitsverdienst nie in Frage kam.

Und schließlich weist die Berufsgenossenschaft darauf hin, daß ja früher auch das Schiedsgericht einen andern, nämlich den Standpunkt der Berufsgenossenschaft eingenommen habe. Ein Einwand, der durch das Schiedsgericht selbst schon entkräftet worden war, indem es, der besseren Einsicht folgend, den früher eingenommenen Standpunkt preisgegeben hatte.

Dem Reichsversicherungsamt schien aber die Sache wichtig genug, um umfangreiche neue Erhebungen anzustellen. Schließlich aber, in der Sitzung vom 10. Juli 1912, schloß sich das Reichsversicherungsamt der Auffassung des Schiedsgerichts an und entschied folgendermaßen:

„Das Reichsversicherungsamt hat nach Prüfung der Sachlage der Auffassung des Schiedsgerichts darin nur zuzustimmen können, daß im vorliegenden Falle auch derjenige Geldbetrag, der nach Ansicht des Arbeitgebers zum Ersatz der Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung des Werkzeugs dienen sollte, mit als Lohn im Sinne des § 10 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes anzusehen ist und daß demgemäß bei der Berechnung der Rente die sogenannten Schärfungskosten von dem zugrunde zu legenden Jahresarbeitsverdienst nicht abzuziehen sind.“

Mit Recht geht das Schiedsgericht davon aus, daß für die Frage, ob bei Feststellung des Jahresarbeitsverdienstes die Schärfungskosten vom Lohn abgezogen werden können, in erster Linie die zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer getroffenen Vereinbarungen entscheidend sind. Eine Abrede darüber, welcher Betrag als eigentlicher Arbeitslohn und welcher als Entschädigung für die Schärfungskosten anzusehen sei, ist bei der Einstellung des Arbeiters in den Betrieb nicht getroffen worden. Mangels dessen kann der bloßen Tatsache, daß von dem Arbeitgeber 10 Prozent von dem jeweiligen Wochenverdienste auf Schärfungskosten gerechnet werden, nicht die Bedeutung beigemessen werden, diesem Betrage den Charakter des Lohnes zu nehmen. Denn als Lohn ist, wenn nicht besondere Abmachungen vorliegen, oder die besonderen Umstände des Falles zu einer andern Auffassung nötigen, regelmäßig der gesamte dem Arbeiter für die Arbeit im Betriebe gezahlte Geldbetrag anzusehen. Allerdings werden dem Arbeiter häufig zur Ausführung dieser Arbeit Kosten erwachsen, die, streng genommen, nicht rein wirtschaftliche sind, so namentlich dem Arbeiter, der das Arbeitsgerät selbst zu stellen hat, durch dessen Instandhaltung. Deshalb aber in Anwendung des § 10 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes die dem Arbeiter für die Arbeit gewährte Vergütung begrifflich allgemein dahin zu teilen, daß als „Arbeitsverdienst“, „Lohn“ nur derjenige Betrag aufzufassen sei, der nach Abzug der Kosten für solche Aufwendungen übrig bleibt, würde der Verkehrsauffassung nicht entsprechen. Denn regelmäßig wird bei Festsetzung und Auszahlung der Arbeitsvergütung an eine solche Unterscheidung nicht gedacht werden. Eine derartige Teilung würde aber auch undurchführbar sein, denn bei Berechnung des „Arbeitsverdienstes“ nach diesem Grundsatze müßten Kosten der verschiedensten Art in Betracht gezogen werden, z. B. erhöhte Ausgaben durch die stärkere Abnutzung der Kleidung, Stiefel usw. bei der Betriebsarbeit, und es müßten die besonderen Verhältnisse des einzelnen Arbeiters berücksichtigt werden, was z. B. bei der Berechnung der Rente nachträglich für einen langen Zeitraum gar nicht möglich wäre. Daß unter „Arbeitsverdienst“ oder „Lohn“ im Sinne des § 10 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes regelmäßig nicht ein Nettoverdienst in der oben entwickelten Bedeutung verstanden werden kann, zeigt auch der Umstand, daß der ortsübliche Tagelohn zugrunde gelegt werden soll, bei dessen Festsetzung solche Verhältnisse des einzelnen Arbeiters nicht berücksichtigt sind.

Anders liegen, wie schon erwähnt, die Fälle, wo bei Festsetzung des Lohnes eine Vereinbarung dahin getroffen worden ist, daß ein bestimmter Teil des Betrags eine Vergütung für Aufwendungen im Interesse des Betriebes sein soll, oder wo doch in einem Betrieb zweifelsfrei eine vom Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in diesem Sinne aufgefaßte Uebung herrscht. Auch eine solche besteht im vorliegenden Falle nicht, denn der Umstand, daß der Arbeitgeber in der der Berufsgenossenschaft eingereichten Lohnnachweisung einen Teil des dem Arbeiter gegebenen Betrags als Vergütung für die Schärfen des Werkzeugs nicht angab, schaffte eine solche Uebung nicht, und es ist in dieser Hinsicht auch unerheblich, daß von der Steuerbehörde, die das steuerpflichtige Reineinkommen zu ermitteln hat, der entsprechende Betrag nicht berücksichtigt werden soll. Auch aus der Höhe des Lohnes ist nichts zu entnehmen. Er ist mit 4.70 Mk. täglich im Verhältnis zu der Arbeitsleistung nicht so hoch, daß man eine besondere Vergütung für besondere Aufwendungen darin vermuten müßte, und tatsächlich rechnete der Arbeitgeber ja auch dafür nur 1.50 Mk. auf die Woche. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß es von dem Verhalten des einzelnen Arbeitnehmers, von seiner Tüchtigkeit und Geschicklichkeit abhängt, ob er diesen im Verhältnis zum Gesamtlöhne niedrigen Betrag von 1.50 Mk. auch tatsächlich für Schärfung des Werkzeugs aufwenden muß. Der Arbeitnehmer kann daher selbst von dem zur Instandhaltung des Werkzeugs bestimmten Betrage einen wirtschaftlichen Vorteil haben, was auch dafür spricht, daß dieser Teil bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes vom Lohn nicht in Abzug zu bringen ist.

Im vorliegenden Falle sind die nach der Auffassung als Entschädigung für die Schärfungskosten gegebenen Beträge zum Lohn zu rechnen, gleichviel, ob das Werkzeug in der Dorfschmiede oder in der Werkschmiede selbst geschärft wird.“ (IA 9452/11 6A.)

Mit dieser Entscheidung ist die Streitfrage, ob Schärfungskosten vom Jahresarbeitsverdienst abzuziehen sind, endgültig erledigt, und zwar zugunsten der Arbeiter. Daß nebenbei das Reichsversicherungsamt auch ausspricht, daß 4.70 Mk. täglicher Verdienst im Verhältnis zu der Arbeitsleistung nicht so hoch sind, um sich davon noch Abzüge gefallen zu lassen, bedeutet für die Arbeiter mehr, als eine nebenläufige Bemerkung, es bedeutet, daß in der Bezahlung des Werkzeugschärfens durch die Arbeiter eine Härte und eine Ungerechtigkeit liegt, daß diese Aufwendungen für den Betrieb den Unternehmern zustehen und daß dieser die Arbeiter benachteiligende Zustand möglichst bald und möglichst ganz beseitigt werden sollte.

Unser Kollegen tun gut, wenn sie sich vorstehenden Artikel gut aufheben, denn bei einem etwaigen Unglücksfall ist es nicht ausgeschlossen, daß die Berufsgenossenschaft wieder so verfährt. In dem oben geschilderten Falle ist die Sektion VII (Sachsen) an die unrichtige Adresse geraten, denn unser Kollege führte den Streit bis zur höchsten Instanz durch, und er bekam auch recht.

Sind Arbeiter auch Menschen?

Die herrschenden und besitzenden Klassen haben sich so sehr an die ständige Unterernährung und die Not des arbeitenden Volkes gewöhnt; sie haben sich so sehr daran gewöhnt, in den Angehörigen der arbeitenden Klassen untergeordnete Volksgenossen zu erblicken, über die zu herrschen sie sich berufen fühlen, daß sie es einfach nicht fassen können, wenn auch die Arbeiter für sich Menschenrechte fordern. Nach der Auffassung der besitzenden und herrschenden Klassen ist doch die Arbeiterbevölkerung zum dienen und zum arbeiten da, weshalb ja auch ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse so außerordentlich eingeschränkt sind, daß andre Interessen als die untergeordnete Arbeit kaum Eingang finden. Mit diesen und ähnlichen Argumenten ist die Arbeiterfrage für die kapitalistischen Herrenmenschen abgetan. Ja, die Herren der kapitalistischen Gesellschaftsordnung spielen gar zu gern die Rolle des Wohlwärters, indem sie sagen, die Arbeiter hätten ihnen noch dankbar dafür zu sein, Lohn und Brot von ihnen zu erhalten. Was sollen da die Forderungen nach Menschenrechte und Gleichberechtigung? Durch solche Forderungen werden die Arbeiter doch nur zum Klassenhaß aufgehetzt und dazu verleitet, ihre Bedürfnisse in ungebührlicher Weise in die Höhe zu schrauben. Sprach doch ein preussischer Landwirtschaftsminister vor wenigen Jahren seine Besorgnis über die zunehmende Begehrlichkeit der Arbeiter aus, von denen er mit Entrüstung konstatierte, daß sie jetzt alle Tage Fleisch essen wollten, obwohl sie das früher nur Sonntags tun konnten! In noch höherem Maße sind die Unternehmer von Besorgnis erfüllt, da die Arbeiter ja mit um so „unverschämteren“ Lohnforderungen an sie herantreten müssen, je höher sie ihre Bedürfnisse schrauben. In sehr vernehmlichen Tönen zeternd die Unternehmer darüber, daß durch ein solches Beginnen die Prosperität und Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen in Frage gestellt und die Unternehmungslust unterbunden werde, während es die Arbeiter zur „Verschwendungsucht“ verleite! Deshalb, so folgern die besitzenden und herrschenden Klassen, soll an den bestehenden Zuständen nichts geändert werden.

Nun passiert es aber dann und wann, daß einsichtige Vertreter des Bürgertums die Berechtigung der Arbeiterforderungen und die Menschenrechte der Arbeiter anerkennen, worüber dann freilich die Scharfmacher aller Schattierungen sehr erobert sind. So hatte vor kurzem der Syndikus des Verbandes thüringischer Industrieller, Dr. Stapf, einige anerkennende Worte über die freien Gewerkschaften und die Tätigkeit ihrer Führer gesprochen, die ihm u. a. auch einen wutentbrannten Angriff der konservativen Kreuzzeitung eintrug. Der Angegriffene wandte sich mit einer sachlichen Erwiderung an das Scharfmacherblatt, das die Erwiderung nicht veröffentlichte, dafür aber aufs neue geistige Angriffe gegen Dr. Stapf richtete und unter anderem folgendes schrieb:

„Dr. Stapf bekennt sich zu der Anschauung, und wiederholt sie, so oft er Gelegenheit hat (so heißt es in der Erwiderung), daß die Führer der Gewerkschaften häufig intelligente Leute sind, die mit Geschick die Interessen ihrer Arbeitskollegen vertreten und ihre Industrie kennen“. Hiernach scheint Dr. Stapf gewerkschaftliche Machtpöbeln mit politischem Hintergrund (!) noch niemals erlebt und von der Gewerkschaftsliteratur für einen Arbeitgeberverbandssyndikus auffallend geringe Kenntnis zu haben. Für ihn selbst ist es ja recht erfreulich, daß er derartige angenehme Erfahrungen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern gemacht hat. Da diese Erfahrungen aber — zu den größten Seltenheiten gehören, hätte er, schon aus Rücksicht auf die Gesamtheit der deutschen Unternehmer (!), mit einem so allgemein gehaltenen und vortrefflichen Leumundszeugnis für die Gewerkschaftsführer zurückhalten müssen. Und wir halten auch den Schlussatz der Stapfschen „Erwiderung“ für keineswegs angebracht, sondern nur für geeignet, den roten Klassenkämpfern Vorschub zu leisten (!). Darin heißt es: Er (Dr. Stapf) sei in seinen Auslassungen von der Auffassung geleitet gewesen, „daß die Arbeiter gleichberechtigte Kontrahenten des Arbeitsvertrags und gewissermaßen auch Menschen sind“. Welchen Zweck diese aufreizende (!) Bemerkung haben soll, ist nicht verständlich, wenn man sie nicht als „Byzantinismus nach unten“ auffaßt.“

Es ist fürwahr schon ein starkes Stück Scharfmacherei, wenn ein bürgerliches Blatt sich darüber entrüstet, daß den Gewerkschaftsführern von einem Vertreter der Unternehmer das Zeugnis ausgestellt wird, intelligente Leute zu sein, „die mit Geschick die Interessen ihrer Arbeitskollegen vertreten und ihre Industrie kennen“. Die Kreuzzeitung hat auch nicht den Schatten eines Beweises dafür erbracht, daß die Angaben Dr. Stapfs unwahr sind. Dafür legt sie ihren Scharfmachereien die Krone auf, indem sie von „gewerkschaftlichen Machtpöbeln mit politischem Hintergrund“ spricht, und indem sie die objektive Auffassung, „daß die Arbeiter gleichberechtigte Kontrahenten im Arbeitsvertrage und gewissermaßen auch Menschen sind“, als aufreizend hinstellt. Aufreizend im höchsten Grade ist es, daß die Scharfmacherorgane dem Arbeiter das Recht der Mitbestimmung im Arbeitsvertrag und das Recht der Menschenwürde immer wieder in so offenkundiger und rücksichtsloser Weise absprechen, wie es sich hier wieder bei der Kreuzzeitung im Falle Dr. Stapf gezeigt hat. Der ganze Zynismus der kapitalistischen Herrenmoral offenbart sich in der Sprache des konservativen Scharfmacherblattes und der unheilvolle jeder Menschenwürde höhnsprechende Zweck der Scharfmacherei offenbart sich in seiner ganzen erschreckenden Deutlichkeit, wenn gesagt wird, daß Dr. Stapf „schon aus Rücksicht auf die Gesamtheit der deutschen Unternehmer mit einem so allgemein gehaltenen und vortrefflichen Leumundszeugnis für die Gewerkschaftsführer hätte zurückhalten müssen“. Die ganze Verlogenheit des von dem Unternehmertum ins Werk gesetzten Verleumdungs- und Vernichtungsfeldzugs gegen die freien Gewerkschaften und ihre Führer konnte ja so leicht auch für die kapitalistische Gesellschaft und deren „öffentliche Meinung“ zu offenkundig und unhaltbar werden, falls sich Vertreter selbst häufiger einstellen sollten. Und wenn sich die Verlogenheit des gegen die Gewerkschaften und das Koalitionsrecht gerichteten Vernichtungsfeldzugs nicht mehr auf-

rechterhalten ließe, was soll dann aus den schönen Profiten werden, die durch diesen Vernichtungsfeldzug gesichert werden sollen? Deshalb befindet die Kapitalisten- und Scharfmacherpresse jede aus dem bürgerlichen Lager kommende Auslassung, die sich als für die Gewerkschaften und ihre Führer günstig herausstellt, in einer frivolsten und gehässigen Weise, daß sich so leicht niemand aus diesen Kreisen wieder findet, der sich im günstigen Sinne über die Gewerkschaftsbewegung äußert und der die Menschenrechte und das Recht der Arbeiter, als gleichberechtigter Vertragskontrahent aufzutreten, zu vertreten wagt. Das Recht der freien Meinungsäußerung wird aus niedrigen und gewinnjüchtigen Motiven gerade von denen unterdrückt, die sich immer so sehr über die angeblich von der organisierten Arbeiterschaft ausgeübten Unterdrückung der freien Meinungsäußerung erregen. Das gilt von dem heutigen Stande kapitalistischer und reaktionärer Scharfmacherei um so mehr, je näher sich die kapitalistische Reaktion ihrem Ziele der Vernichtung des Koalitionsrechts glaubt.

Die Arbeiterschaft aber erkennt aus dem gemeingefährlichen Charakter der gegen das Koalitionsrecht und gegen die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung gerichteten Scharfmachereien immer mehr den Ernst der Situation. Es handelt sich denn auch um weit mehr als darum, daß den Arbeitern geringe Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen zugestanden werden. Es handelt sich darum, ob der Arbeiter in der unsozialen Lage und in der Knechtschaft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung steckenbleiben soll oder nicht. Es handelt sich um einen erbitterten Kampf um die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag und um das Recht, an dem Ertrage der Arbeit, an Luft, Licht und Sonnenschein den vollen Anteil zu haben. Dem niedertrotzigen Ausspruch jenes Bischofs, der da sagte: „Wer Knecht ist, soll auch Knecht bleiben!“, jetzt die organisierte Arbeiterschaft das Wort entgegen: „Der Arbeiter will sich als Mensch fühlen und betätigen; er will in einem weit höheren Sinne Mensch sein, als es die kapitalistischen Herrenmenschen zu sein glauben!“ Und dieses Wort muß durch eine immer emsigere Betätigung in der Arbeiterbewegung und für die Arbeiterbewegung verwirklicht werden!

Wirkungen eines modernen Krieges.

ok. Die Meldungen von den Kriegsschauplätzen am Balkan erhalten die Welt in Spannung; der Blick der Öffentlichkeit ist auf die Schlachtfelder gerichtet, wo im menschenmörderischen Ringen die Entscheidungen fallen. Unwillkürlich verknüpft man mit dem Worte Krieg nur die Vorstellung von kämpfenden Heeren, von Siegen und Niederlagen, Angriffen und Rückzügen. Aber der Krieg herrscht nicht allein auf dem Schlachtfeld. Er gleicht einem Vulkan, bei dem die Schauplätze der Kämpfe sich mit den Krateröffnungen vergleichen lassen; der Strom der Lava aber zieht weit, weit hinaus ins Land und begräbt Acker und fruchtbare Gärten auf seinem Wege. Mit diesen Wirkungen eines modernen Krieges beschäftigt sich der englische Kriegsberichterstattung Charles Hands; seine Schilderung gibt ein erstes Bild der Folgen eines modernen Bürgerkrieges, von jenen Folgen, die sich weit ab vom Schlachtfeld und fern von der kämpfenden Armee daheim geltend machen und mit einem Schläge das Leben eines ganzen Volkes zum Stillstand zu bringen scheinen. Hands schildert, wie es vor acht Tagen in Sofia ausah, eine Woche nach Beginn des Feldzugs, also in Tagen, da die Wirkung des Krieges sich erst fühlbar zu machen begann. Er geht auf eine Bank: sie ist geschlossen. Die jungen Bankbeamten kämpfen vor Adrianopel. Und die älteren, die vom Kriegsdienst freien, sind beschäftigungslos. Das wirtschaftliche Leben stockt, keine Arbeit ist da: also schließt man das Kontor.

„Ich ging zu einem großen und bekannten Handelsherrn. Er ist Bierziger, vom Dienst befreit, und waltet nun allein in seinem großen Kontor. Der Schreibtisch, an dem sonst der Teilhaber sitzt, ist leer; der junge Partner ist Unterleutnant, sein Regiment steht vor Adrianopel. Und leer sind auch die Schreibtische der Gehilfen. Die Gehilfen stecken in Uniformen, führen statt der Feder das Gewehr: sie stehen vor Adrianopel. Der Besitzer führt mich in das Warenlager. Es war fast leer; überall Totenstille. Nur ein kleiner Kontorjunge ist da. Aber Sauberkeit und Ordnung überall. Was soll man auch sonst tun? Mit seinem kleinen Lehrling hat der Chef, der reiche Handelsherr, die unfreiwillige Mühe dazu benutzt, sauber zu machen. Aller Handel liegt tot. Die Eisenbahnen können keine Waren befördern. Der Krieg legt alles lahm. Solange Krieg ist, kann er von den Kunden kein Geld bekommen; solange Krieg ist, zahlt er keinen Lieferanten. Ohne diese stillschweigende und selbstverständliche Verschönerung in der Erfüllung aller Verbindlichkeiten würde man bankrott machen.“

Jener Handelsherr erwartete aus Liverpool 5000 Säcke Kaffee. Er hat keine Ahnung, wo diese 5000 Säcke heute sein mögen, er weiß nicht, wann er sie erhalten wird. Die meisten Waren kamen über Warna oder Burgas, die bulgarischen Häfen am Schwarzen Meer. Aber seit einer Woche ist das Schwarze Meer aus der Handelsgeographie der Welt ausgelöscht; und wenn die Schiffe den Häfen erreichen könnten: die Bahn könnte die Waren nicht weiterbefördern. Die Vorräte im Magazin aber sind fast erschöpft: die Regierung hat requiriert. Er selbst, der Besitzer, ist Mitglied der Kommission, die über Requirierungen bestimmt. Und die Kommission verlangte von ihm 500 Säcke Reis, 10 000 Kilo Zucker, 5000 Kilo Tee, 2000 Kilo pulverisierten Alaun — das dient zur Desinfizierung des schlechten Wassers, mit dem die Soldaten sich behelfen müssen. Ein großer Auftrag, aber kein Nutzen wird aufgehoben durch die Art der Bezahlung. Denn die Bezahlung besteht einstweilen nur in einer Quittung.

„Ich gehe in eine Schule, in ein schönes, neues Gebäude, um zu sehen, wie es den Kindern geht, nun, da die Ernährer im Felde stehen. An der Türe des Schulhauses steht ein Militärposten. Die Schule ist geschlossen, denn alle Lehrer stehen im Kriege; das Schulgebäude ist Militärdepot geworden. Ich blüde in eine alte Wäsche, die ein Museum romanischer Altertümer beherbergt. An der Türe steht ein Militärposten, die Archäologie ist suspendiert. Ich gehe zu der kleinen, ständigen landwirtschaftlichen Ausstellung, wo landwirtschaftliche Produkte Bulgariens und kleine Proben von Kolenol neben Spizen ausgestellt sind und verkauft werden. An der Türe steht ein Militärposten, die Ausstellung ist requiriert. Ich gehe zu der kleinen Seidenfabrik, die vor zwei Jahren von einem unternehmenden jungen Bulgaren in einem Vorort Sofias gegründet wurde und die gute Fortschritte machen soll. Auf mein Klingeln

öffnet die Frau des Eigentümers selbst. Ihr Mann steht vor Adrianopel. Und mit ihm die 60 Arbeiter, die er beschäftigt: alle draußen im Kriege. Nur fünf sind geblieben: Ausländer, Franzosen. Ich gehe in ein Arbeiterhaus. Der Mann ist im Kriege. Seine Frau und die Kinder leben von 40 Centimes am Tage: dieser Betrag wird ihnen ausgezahlt. Die Frau weiß nicht, wo ihr Mann steht, weiß nicht, ob er kämpfte, ob er noch lebt. Denn die Regierung veröffentlicht keine Verlustlisten. Ich blüde in einen kleinen Gemüseladen nebenaan. Ein kleiner Junge von 12 Jahren führt jetzt das Geschäft. Sein Vater gehört der Reserve an, er ist draußen im Kriege. Aus einem hinteren Zimmer kommt die Frau. Ja, sie seien sehr arme Leute, und die Rundschaft könne jetzt nicht mehr kaufen; wenn die Leute früher für 20 Pfg. Zwiebeln kauften, so kaufen sie jetzt nur für 5 Pfg. In den Vororten Sofias gähnen kahle und verlassen die Baugerüste. Kahle, halbhohe Mauern, Backsteinhäuser, aber alles tot und verlassen. Die Maurer sind im Kriege. Und so stockt alles, so ruht alles, die Stille legt sich wie ein Alp über Stadt und Land. Das Volk ist im Kriege. Und die Frauen sind still und ruhig. Sie jubeln nicht, denn ihre Männer stehen vor Adrianopel und noch hat die Regierung keine Verlustlisten veröffentlicht. . . .“

Das Heim des Arbeiters.

In der „gutgesinnten“ bürgerlichen Presse wird vom „eigenen Heim“ durch schwärmerisch angehauchte Stribenten recht oft in den höchsten Klüftertönen gelispelt. Vor allem werden dabei die Frauen als die „Priesterinnen des heimischen Herdes“ gefeiert, sie seien die „Wederinnen und Pflegerinnen alles Schönen im häuslichen Verbände“, und zungenstark wird der Speisegettel der holden Hausfrau erwähnt, der lieblich dufende, schmachtende Speisen verspricht, und die Erholung und Ruhe gelobt, die das Heim allen Mühen in ausgiebigem Maße gewährt. Man feiert das „eigene Heim“, den „heimischen Herd“ als den Sammel- und Ausgangspunkt zu allem wohlthätig ersprießlichen Wirken, als die Quelle des öffentlichen Lebens und aller Kultur.

Diese Lobhudeleien der bürgerlichen Klasse werden von denkenden Arbeitern stets als gallebittere Satire, als beiderseitige Hohn empfunden. Daheim im eigenen Heim. Ein schöner Begriff allerdings, wenn dieses Heim in der Praxis Gemütsruhe, Ruhe, Gesundheit und Sorglosigkeit gewährt. Und die bürgerliche Klasse mag davon schwärmen, obwohl ihre „Priesterinnen des heimischen Herdes“ zum weit gemieteten Löhner der Arbeiterklasse sind, denn die bürgerliche Hausfrau ist für ein solches „Priesteramt“ in der Regel zu schade. . . .

Aber wie steht es mit dem „eigenen Heim“ des Arbeiters? Daß er in unzulänglichen Mietbaracken dahingehert, degeneriert und mit seiner Familie allen möglichen Infektionskrankheiten preisgegeben ist, das erkennen heute schon große Teile sogar des Bürgertums an. Die Enqueten und Statistiken der Krankenkassen belegen geradezu schauerhafte Zustände über die Wohnungsverhältnisse des Proletariats in den Steinbauten der Großstädte auf. Auf Böden, in Kammern und Kellern vertrauen in einem einzigen Raum zusammengepfercht oft bis zehn Personen und mehr ein freubloßes Dasein. In diesen engen Gefassen, wo oft derselbe Raum zu den verschiedensten und unverträglichsten Zwecken benutzt wird, hat schon mancher menschenfreundliche Forscher die treffende Bemerkung gemacht, daß die Tiere der Heiden besser einquartiert seien als diese Proletarier. Selbstlich gesunde und Kranke atmen hier dieselbe stickige, sonnenlose, von Krankheitskeimen aller Art durchschwängerte Luft. Und die „Priesterin“ eines solchen „heimischen Herdes“ frondebt tagtäglich in der Regel entweder in demselben Raum bei schlechtbezahlter Arbeit oder sie arbeitet in einem Großbetriebe und waltet am „heimischen Herd“ nur in frühster Morgen- oder später Abendstunde.

Und erst die künftigen Genüsse, die das „Arbeiterheim“ der Familie des Proletariats verschafft. In der heutigen Ura des jeden Reford schlagenden junkerlichen Nahrungsmittelwunders sieht es mit dem Klüftertitel der Arbeiterfamilie recht traurig aus. Schweine- oder gar Hühner- oder Kalbfleisch sind darauf als unerschwinglicher Luxus gestrichen, an diese Stelle ist Pferde- oder gar Hund- und Hagenfleisch getreten, und das auch nur in mäßiger Weise, denn auch vor diesen proletarischen „Wederbüßen“ macht die allgemeine Feuerung naturgemäß nicht halt. Und die armen Weber, die in Gerhard Hauptmanns erschütterndem Drama aus Not die zum Leben benötigten Schlichte als Speise verzehren, gehören heute weniger denn je ins Reich der Fabel und Uebertreibung.

Das ist das „eigene Heim“, der „trauliche Herd“ des Arbeiters. Davon weiß und empfindet selbstverständlich die Schicht der Satten und komfortabel Wohnenden nichts. Und man wundert sich auf, daß viele Söhne und Töchter des Proletariats immer mehr auf die „Annehmlichkeiten“ des eignen Heims verzichten. Ach, vielen hängen ja auch diese saueren Trauben noch viel zu hoch! Die Grün- dung auch des bescheidensten Hausstandes ist ja mit gar nicht niedrigen Geldkosten verknüpft, die oftmals bei der schlechtbezahlten Arbeit gar nicht erschwüngerbar sind. Und wie pessimistisch hört man oft den längst geschlechtsreifen Sohn des Arbeiters über das eigene Heim urteilen! Er sieht darin nichts als erschwerte Plage und Sorge, denkt mit Schreden an die periodisch wiederkehrende Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Zwang, sein Weib und das eigene Fleisch und Blut darben und hungern zu sehen. Und da wird dann gar mancher zum Malthusianer, zum Anhänger jenes englischen Priesters, der da lehrte: „Wer ein Weib nimmt, tut gut, wer aber keins nimmt, tut besser.“ Und dann stecken die Staatsweisen ihre gelehrten Häupter zusammen und murmeln mit sorgendurchfurchter Stirn etwas vom immer mehr zunehmenden Geburtenrückgang. . . .

Mit dem eigenen Heim des Arbeiters ist es nicht. Was will es befragen, wenn die heute modern gewordene Gartenstadtbewegung einigen tausend Arbeiterfamilien ein wirklich annehmbares und gemütsliches Heim verschafft, das allen Anforderungen der modernen Hygiene entspricht. Hier sind es auch nur bessergestellte Arbeiter, die sich zu diesem „Luxus“ aufschwingen können, denn der Grund- und Bodenwucher, vor allem in der Nähe der Großstädte, verhindert das Bauen geräumiger und zugleich wirklich billiger Wohnungen. Die große Masse des Proletariats aber verbleibt eingesperrt in dumpfen, lichtlosen, krankheitsgeschwängerten Steinlöchern; für sie gibt es weder Licht noch Sonne.

Der diebische und listig ausgeklügelte Eigentumsbegriff hat der Allgemeinheit das Vaterland geraubt, eine geringe Anzahl rüch- lichtsloser Streber hat sich das „Eigentumsrecht“ auf dieses „Vaterland“ zu verschaffen verstanden. Und der Kapitalismus ist noch einen Schritt weiter gegangen. Er hat dem Arbeiter auch noch den traulichen Herd, das hübsche eigenes Heim, entziffen. Und nun predigen die Volkswirtschaftler, die Familie sei das Beste, was für den animalischen Organismus die Felle sei. Millionen solcher Jellen verkümmern aber heute und deshalb ist es nur richtig, wenn erklärt wird, daß der Staatsorganismus gleichfalls verkümmert und umgefund ist.

Aus diesem franken Zustand kann auch der kapitalistische Staat nicht heraushelfen. Hier nützen keine noch so gutgemeinten Volkswirtschaftsbestrebungen, alle diese Pflasterchen können wohl einzelnen besser Begünstigten helfen, die große Masse aber bleibt davon unberührt. Der Grund und Boden gehört dem Kapitalismus und ist einer seiner wichtigsten Bestandteile. Darauf verzichtet er auch nicht und seine egoistische Eigenart gestattet nicht, etwas Durchgreifendes für das allgemeine Volkswohl durchzuführen, weil dies eine Schwächung des Kapitalismus bedeuten würde.

Das Proletariat hat allerdings diesen Zustand längst erkannt. Es weiß, daß hier nur eine Radikalur helfen kann. Und das ist der Sturm des kapitalistischen Systems, die Ent- eignung der Erde, die bisher die breiten Volksmassen ent- eignet haben. Danach strebt die Arbeiterschaft, sie verfolgt durch ihre Organisationen in wirtschaftlicher und politischer Richtung das Ziel, daß Grund, Boden und Produktionsmittel der Allgemeinheit als kommunistisches Eigentum zugeführt werden.

Nur auf diesem Wege kann der Arbeiter auch wieder ein eigenes und trauliches Heim erhalten. Das heute über dieses Thema in der bürgerlichen Presse geschwafelt wird, ist nichts weiter als eitel Schaumflügelerei und jämmerlicher Humbug. Der Kapitalismus hat das Heim des Arbeiters zerstört und sein Familienleben vernichtet. Erst seine Beseitigung kann der Arbeiterschaft das wiedergeben, was ihr von ihm geraubt wurde.

Damit aber ist wieder einmal der Beweis erbracht, wie notwendig die moderne Arbeiterbewegung und daß sie eine Kulturbewegung allerersten Ranges ist. Und die Klassenbewußte Arbeiterschaft wird und darf weder ruhen noch rasten, bis sie das soeben genannte Ziel erreicht und verwirklicht hat. Sie kämpft gegen eine ganze Welt von Gegnern und falschen Vorurteilen und ist sich des Ernstes dieses Kampfes bewußt. Doch die Kraft ihrer gerechten Argumente, gepaart mit Ausdauer, werden sie demnach zum Siege führen!

Dann aber wird auch das Heim und die Familie das selbe sein, was für den tierischen Organismus die Zelle ist. Und jede Zelle und damit der Gesamtorganismus wird dann auch gesund und kräftig sein.

Korrespondenzen.

Bochum. Am 27. Oktober fand hier unser erstes Stiftungsfest statt, welches eigentlich ein Agitationsfest sein sollte. Leider haben wir mit dieser Annahme kein Glück gehabt. Selbst die organisierten Kollegen waren nicht alle vertreten, was wir leider bedauern müssen. Kollege Keschöfer schilderte in seiner glänzenden Ansprache die Düsseldorf-Lohnbewegung. Ein besonderes Lob müssen wir der Zahlstelle Gelsenkirchen aussprechen, welche härter vertreten war, als die hiesige. Wir möchten deshalb an die Bochumer Steinarbeiter die Bitte richten, doch unsere Zahlstelle mehr zu unterstützen, damit auch wir in Bochum unsere Lage bald verbessern können, welche gerade nicht die beste genannt werden kann. Darum, Kollegen, haltet fest an der Organisation; agitiert, damit auch der letzte Mann in unserer Reihe ist, dann wird auch der Sieg nicht ausbleiben.

Büdingen. Am 22. Oktober hielten wir eine Versammlung ab, welche leider sehr schlecht besucht war. Obwohl das Versammlungslokal nur eine e Minute vom Arbeitsplatz entfernt liegt und dieselbe eine halbe Stunde nach Arbeitsloshaltung begonnen hat, war nicht einmal ein Drittel der Kollegen erschienen. Demzufolge konnten auch beim Punkt Vertrauenswahl, was doch ein sehr wichtiger Punkt war, nur 31 Stimmen abgegeben werden. Dieses Resultat in einer Zahlstelle von 108 Mitgliedern, welche alle auf einem Platze beschäftigt sind! Beim Punkt Verschiedenes wurde die Gründung einer Sterbe- und Notstandsunterstützungsstelle beschlossen. Der Kassierer beschwerte sich über die unpräzise Krankmeldung von verschiedenen Kollegen.

Anmerkung des Schriftführers. Der Saufheit der Kollegen ist auch der in letzter Zeit vorgekommene Zwischenfall eines Kollegen mit einem Kusscher zu verdanken. Ich will aber nicht weiter darauf eingehen. Es muß auch so kommen. Ueberall sind die Kollegen besser zu gebrauchen als zur gewerkschaftlichen Arbeit. In jede andere Vereinsversammlung geht man lieber; denn da braucht man ja keine Angst zu haben, schief angesehen zu werden. Der Vorstand einer Zahlstelle gewerkschaftlich organisierter Arbeiter kann es keinem recht machen. Daß diese Mißstände heute in unserer sechs Jahre alten Zahlstelle noch bestehen, dafür irrt ein großer Teil Schuld auch unsere Zentralleitung. Wenn ich unser Hochblatt studiere, so sehe ich aus den Versammlungsberichten, daß in andern Gauen in der zweiten und dritten Versammlung ein Referent zur Stelle war. Ich will durchaus unserm Gauleiter nicht zu nahe treten, daß er die Kurde Hausenberg, Tilling usw. nicht finden kann. Im übrigen ist er auch überlästet. Kollege Staudinger hat vor drei Jahren hier referiert, seitdem aber nicht mehr. Kollege Starke hat in der Regensburg auf der Gaukonferenz versprochen, den Bayerischen Wald zu besuchen. Ausbleiben ist das Terrain aber zu gebirgig. Gewiß sind die Reisekosten ziemlich hoch. Wir müssen aber auch in Betracht ziehen, daß hier lauter junge Zahlstellen sind, wo noch viele Mitglieder zu gewinnen wären.

Chemnitz. Am 20. Oktober fand in Materns Restaurant Arbeiterbörse die diesjährige Generalversammlung statt. Derelben lag die nachgeprüfte Jahresrechnung schriftlich vor, und ist laut dieses Berichtes eine Einnahme von 222.46 Mark und eine Ausgabe von 222.12 Mark zu verzeichnen, so daß der Bestand 1000.34 Mark beträgt. Es wird die übliche Entlastung des Kassierers von der Versammlung ausgesprochen. Die Wahlen ergaben folgendes Resultat: als 1. Vorsitzender und Kassierer wurde Kollege Bruno Reichold wieder, als 2. Vorsitzender und Tarifvertreter Ernst Weg neu gewählt; als Schriftführer fungiert Leopold Wolf. Darauf wurde eine Petition an den hiesigen Stadtrat und die Stadtverordneten verlesen, ebenfalls mehrere Zuschriften des Gewerkschaftsrates, das Volkshaus betreffend. Mit der Petition an den Reichsanwalt wird sich eine in kurzer Zeit stattfindende Versammlung beschäftigen. Des weiteren wurde, wie alljährlich, dem legendären wirkenden Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht die Summe von 25 Mark bewilligt.

Häslicht (Schlesien). Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung tagte am 20. Oktober im Saale des Bauvereins in Häslicht. Der Vorsitzende hieß die Kollegen mit freundlichen Worten zum erstenmal im neuen und eignen Heim willkommen. Der Anfangsebene, hob er hervor, daß nur die Einigkeit und unermüdete Laustkraft der Kollegen das große Werk zustande bringen konnten. Unserm Bau verdanken wir bekanntlich ja auch nur jener Kraft, die stets das Böse will und nur das Gute schafft. Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal gegeben hatte, welcher von den Revisoren geprüft war, die alles in bester Ordnung vorhanden und der Versammlung seine Richtigkeit bestätigte, erhielt Kollege Daubenthaler das Wort zu seinem Vortrage: Die soziale Versicherungsgesetzgebung. Der Redner zeigte den organisatorischen Aufbau der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, hob die idealen Verschönerungen und die materiellen Verbesserungen hervor und behandelte hierbei besonders die übers Bohnenlieb gelobte nengeschaffene Witwen- und Hinterbliebenenversicherung. Bekanntlich hatte das Zentrum im Jahre 1902 im Reichstage bei Annahme des neuen Sozialtarifs den Antrag gestellt, daß die Ueberwälzung aus den Vollen eben zur Schaffung dieser Witwen- und Hinterbliebenenversicherung dienen sollten. Damit streute das Zentrum seinen Arbeiterwählern Sand in die Augen. Als das Jahr 1910 herankam, wo die Auszahlung der Renten beginnen sollte, war in dieser Kasse fast nichts drin. Deshalb mußte die Einführung des Gesetzes um 2 Jahre verschoben werden. Aber auch jetzt erfüllt das Gesetz nicht, was zuerst versprochen wurde. Der Redner bespricht nun an einer Reihe von Beispielen die Höhe der einzelnen Renten und stellt dabei die Unzulänglichkeit des ganzen Versicherungswerkes fest. Nur weil das Geld künstlich in die abgrundtiefen Taschen unserer ewig unersättlichen Agrarier geleitet wird, deshalb ist fürs arme Volk nichts da. Reicher Beifall lohnte den Redner, der zum Schluß an die Versammelten die Mahnung richtete, unermüdet an dem Ausbau unserer Organisationen weiterzuarbeiten. In der Diskussion wurde lebhaft Klage geführt über die schlechte Einhaltung des Tarifs und über die mannigfachen Verdrehungen einzelner Tarifpositionen durch die Werkmeister und Polizei. Für heute soll abgelesen werden von einer persönlichen Benennung dieser Herren, sollten aber die Mahnungen so weitergehen, dann sind wir gezwungen, die Namen der Herren und ihre Tätigkeit der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Ein Kollege machte auch einen Hinweis auf die verstaute und vor allem verlogene Methode der Gewerkscheinler, worauf die Versammlung mit einem Beifall aufgenommenen Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen wurde.

Höcht im Odenwald. Am 27. Oktober fand in Heubach unsere Versammlung statt. Kollege Sarfert referierte über: Die Berufskrankheit und die Bundesratsverordnung. Er wies besonders auf die hohe Sterblichkeitsziffer hin, die die Berufskrankheit alljährlich

fordert. Von Seiten der Behörden würde nicht streng genug vorgegangen gegen Unternehmer, die die Bundesratsverordnung schlecht oder sogar gar nicht einhalten. Es wurde hierauf eine dementsprechende Resolution angenommen. Die Versammlung erachtete es nicht mehr wie billig, daß auch den Steinarbeitern der Heilanstaltsgenuss gewährt und nicht auch ferner zur Unmöglichkeit gemacht wird. Im weiteren wünschte die Versammlung, daß zur gewissenhafteren Durchführung der Bundesratsverordnung von den zuständigen Aufsichtsbehörden strenger als bisher vorgegangen werden möchte. Die Aufsichtsorgane sollten von Seiten der Reichsregierung Anweisung erhalten, daß sie, um der Verordnung mehr als wie bisher Geltung zu verschaffen, ohne Rücksicht gegen widerstrebende Unternehmer vorzugehen haben; denn Leben und Gesundheit, welches beides durch die vielerlei bestehenden Mißstände in den Steinbruch- und Steinhauerbetrieben schwer gefährdet wird, muß höher eingeschätzt werden als der Kapitalgewinn des Unternehmers. Hierauf wurde das Verhalten eines Kollegen stark gerügt. Derselbe hat sich während der Versammlung Beleidigungen gegenüber andern Kollegen auszusenden kommen lassen, so daß ihm sogar das Lokal verboten werden mußte. Es wurden dann noch einige Angelegenheiten geregelt, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Kirchberg. Am 27. Oktober tagte im Deutschen Hause unsere Monatsversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren unseres verstorbenen Kollegen Andreas Köhler von ihren Plätzen. Der Vorsitzende erteilte hierauf zu Punkt 1 dem Kassierer das Wort zum dritten Quartal, welches mit einem Kassenbestand von 1078 Mk. abschließt. Die Mitgliederzahl betrug 200. Zu Punkt 2 erstattete Kollege Bertel den Kartellbericht und machte gleichzeitig den Antrag des Kartells, einen Sekretär für das Arbeitersekretariat Zwickau zu wählen, zu dem seinigen. Der Antrag wurde abgelehnt. Zu Punkt 3 gab der Vorsitzende die Vorarbeiten des Komitees für den kommenden Tarif bekannt. Unter Vorsitzendem sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, daß die nächste Versammlung mindestens ebenso gut wie die heutige besucht sein möge, weil da hoffentlich Kollege Staudinger anwesend sein wird. Unter anderem wurde noch beschlossen, ein Tanzkränzchen am 16. November im Deutschen Hause abzuhalten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Mannheim. In der Versammlung am 24. Oktober referierte Kollege Sarfert in einer einleuchtend gut besuchten Versammlung über den Arbeiterstand in der Steinindustrie. Sarfert wies an der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials nach, wie durch die gänzlich ungenügende Beachtung der Einhaltung der Bundesratsverordnung die Krankheits- und Sterbefälle immer noch mehr steigen. Eine in diesem Sinne gehaltenen Resolution wurde einstimmig angenommen und an den Reichsanwalt abgeleitet. — Welch eine unschöne Rolle Kollegen spielen können, die zum Meister avanciert sind, zeigte hier wieder einmal ein recht drastischer Fall. Der Kollege Morbed, sonst in den Versammlungen ein rühmlicher, streitbarer Kollege, hatte jüngst das verdamnte Glück, Meister zu werden. Er nützte diese Stellung natürlich auch reichlich zu seinem Vorteil aus. Er forderte die Kollegen auf, bei der Bearbeitung von Werkstücken in gegenseitigen Wettbewerb zu treten. Als Preis setzte er an so und so viel Flaschen Bier. Morbed ist Bierverleger. Je größer der Umsatz, je größer die Procente. Herr Meister, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein. — Gegen die Firma handbuch soll Klage erhoben werden, um in einer Streitfrage ein gerichtliches Urteil herbeizuführen. Die Firma weigerte sich, den Kollegen die Stunden zu bezahlen, die sie einbüßen, weil nicht für genügenden Schutz gegen die schlechte Witterung gesorgt war. — Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Kollege Kraft das Wort zu einer Erklärung. Fast in jeder Versammlung werden von einzelnen Kollegen gegen Kraft schwere Vorwürfe erhoben. Man greift dabei nicht auf seine Gauleiterfähigkeit. Kraft erklärte, daß er von nun an gegen die betreffenden Kollegen gerichtlich vorgehen werde. Schaffen will ja keiner was von diesen Leuten, aber in den Versammlungen schimpfen, das können sie immer noch. Auch der Zentralvorstand sollte in diesem Falle etwas tun. Wäre Kollege Kraft wirklich ein Ständer, er wäre längst zum Teufel gejagt worden. Diese oftmals zum Titel werdenden Debatten sind in keiner Weise unserer Droanaktion dienlich.

Neudorf. Am 1. November fand in Hurrigs Gasthof eine Versammlung für die Steinarbeiter des Gottliebataler statt, in der Landtagsabg. Fräulein über die neue Reichsversicherungsordnung sprach. In 1½stündiger Rede machte Genosse Fräulein die Anwesenden mit den hauptsächlichsten Forderungen bekannt. Durch Beispiele aus dem praktischen Leben zeigt er, wie die neue Reichsversicherungsordnung wirken wird. Leider sind auch hier wieder die Hoffnungen der Arbeiter auf eine bessere Gestaltung der Versicherung schmählich getrübt worden. Die bürgerlichen Geseßmacher haben sich alle Mühe gegeben, alles das aus dem Geles auszumerzen, was irgendwie den erkrankten oder verletzten Arbeitern ihre traurige Lage etwas erträglicher zu machen geeignet gewesen wäre. Für die wirkliche Binderung der sozialen Schäden unserer Wirtschaftsordnung hat man keine Mittel, während für Militär, Marine und Kolonialpolitik alljährlich Millionen über Millionen hinausgeworfen werden. Die Arbeiterschaft strebt schon lange nach der Zusammenfassung der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung zu einer Organisation, um vor allem den Verwaltungsvorgang zu vereinfachen und zu verbilligen. Das neue Geles hat dem aber nicht entsprochen, vielmehr hat man es dabei verwenden lassen, diese Versicherungsart in ein Gelesbuch mit 1766 Paragraphen zusammenzufassen; im übrigen bleibt die frühere Zerfahrenheit in der sozialen Gelesgebung bestehen. Antideinert ist man bestrebt, recht viele gute Stellen für abgekannte Offiziere zu schaffen — auf Kosten der durch unsere heutige Wirtschaftsordnung meist vorzeitig krank und invalid gewordenen. Besonders unangenehm empfinden die Arbeiter, daß das Geles nicht dazu übergegangen ist, mit den vielen Kriegen der Krankenkassen aufzuräumen und nur große Drickrankenkassen für große Gebiete anzulassen. Die kleinen Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, die das Geles bestehen läßt, sind nicht in der Lage, den Versicherten das zu bieten, was große Bezirkskrankenkassen zu leisten vermögen; daher ist es unvermeidlich, diese Zweigkrankenkassen in Zukunft bestehen zu lassen. Auch die Steinarbeiter im hiesigen Gebiet leiden unter diesem Zustande, achten sich aber der Hoffnung hin, daß die Amtshauptmannschaft Birna der Bezatellung der Kräfte, die durch die neue Reichsversicherungsordnung den Krankenkassen noch weiter gestattet wird, nach Kräften entgegenarbeiten und Vorkehrungen trifft, damit womöglich eine große Drickrankenkasse für den ganzen Bezirk der Amtshauptmannschaft geschaffen wird. Vor allem müssen unsere Genossen in den Krankenkassen und Gemeindeverwaltungen danach streben, daß es in unserem Gebiet nicht zur Bildung von Landkrankenkassen kommt, da bei den Landkrankenkassen jedes Mitbestimmungsrecht der Versicherten ausgeschlossen ist. Es geht überhaut durch die neue Reichsversicherungsordnung der Zug, den Einfluß, den sich die Arbeiterschaft in zäher Arbeit errungen, einzubüßen, oder wenn möglich ganz zu beseitigen. Die Arbeiterschaft wird aber alles versuchen, um die Sozialgesetzgebung vorwärts zu treiben und zu dem auszugestalten, was sie eigentlich sein soll: Ein Stützpunkt für Kranke und Glende. In der anschließenden Debatte wurden von mehreren Kollegen Anfragen gestellt, die Genosse Fräulein in ausführlicher Weise beantwortete. Gleichzeitig wurde angeregt, daß die Ortsleitung bei der Amtshauptmannschaft im Sinne des Genossen Fräulein bezüglich der Krankenkassen in unserm Bezirk vorstellig werden solle. — Kollege Ernst verlas hierauf die Abrechnung vom dritten Quartal. Kollege Reichold als Revisor bestätigte die Richtigkeit derselben und beantragte Entlastung des Kassierers, welche auch ausgesprochen wurde. Nachdem noch im Gewerkschaftlichen von einem Kollegen angeregt wurde, zur Generalversammlung auf die Tagesordnung zu setzen: Die prozentuale Besteuerung für die Steinarbeiter im Gottliebatal, erfolgte Schluß der äußerst anregenden Versammlung.

Nürnberg. Am 20. Oktober fand mit der Sektion der Steinhauer und Mauerer vom Bauarbeiter-Verband eine gemeinsame Versammlung statt. Kollege Sobje referierte über die Berufs-

krankheit und die Sterblichkeit unter den Steinarbeitern. Die Ausführungen des Referenten wurden durch reichen Beifall belohnt. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß auch wir in Nürnberg stark unter dieser Berufskrankheit leiden. So haben wir z. B. gegenwärtig in unserer Zahlstelle zwei Kollegen, welche nahezu drei Jahre, und drei Kollegen, welche über ein Jahr an der Berufskrankheit leiden und auf die Mithätigkeit ihrer Mitmenschen angewiesen sind. Die Versammlungsleitung wurde beauftragt, folgende Resolution der Reichsregierung und den zuständigen Gewerbeinspektionen zu übermitteln:

„Die am 20. Oktober in Nürnberg im Café Merk tagende Versammlung der Steinarbeiter beschäftigte sich mit der Berufskrankheit innerhalb der Sandsteinindustrie. Die Versammelten bedauern, daß trotz der erlassenen Bundesratsverordnung die Berufskrankheit der Steinarbeiter und Steinbrecher noch sehr stark grassiert. Die Verordnung hat somit nicht die allseitig erwartete Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse der hiesigen Steinarbeiter herbeigeführt.

Die Sterblichkeit unserer Berufs Kollegen ist außerordentlich groß und herben die meisten im besten Mannesalter an der Schwindsucht. Da in den meisten Fällen längerer Siechtum vorausgeht, werden die Angehörigen der Verstorbenen in der größten Not und dem größten Elend zurückgelassen. Wie die Listen der hiesigen Krankenkassen einwandfrei darlegen, ist in fast keiner anderen Industriegruppe Nürnbergs und der Umgebung die Erkrankungs- und Sterbeziffer so groß, als in unserm Gewerbe. Die Versammelten stellen nun an die hohe Reichsbehörde das Ersuchen, daß die berufsbranken und teilweise mindererwerbsfähigen Steinarbeiter nicht wie bisher nach den Sätzen der Invalidenversicherung, sondern nach denjenigen der Unfallversicherung entschädigt werden. Wird die Berufskrankheit als Betriebsunfall benannt, so wird den Erkrankten und den Hinterbliebenen eine durchgreifendere Hilfe zuteil wie bisher. Weiter wird gewünscht, daß die Bundesratsverordnung insbesondere an den Nürnberger Bauten und in den Steinbrüchen der Umgebung nur mangelhaft eingehalten wird, daß die Gewerbeinspektionen angewiesen werden, auf strengste Durchführung der Verordnung zu achten.“

Rammelsbach (Pfalz). Unsere Zahlstelle hat sich sehr schön entwickelt. Die Geselligkeit der Kollegen ist eine vorzügliche. Auch tun wir alles, um die Kollegen, welche in Not sind, dementsprechend zu unterstützen. Folgende Liste weist dieses nach. Es erhielten Unterstützung: J. M. in Ulmet 126 Mk., A. B. in Rammelsbach 149.45 Mk., M. D. in Ruffel 76 Mk., A. S. in Rammelsbach 10 Mk., D. R. in Rammelsbach 10 Mk., A. D. in Rammelsbach 18 Mk., A. J. in Altenplan 18 Mk., J. R. in Patersbach 18 Mk., K. Th. in Rammelsbach 105.05 Mk., in Summe 534.50 Mk. Wir denken, daß sich diese Leistungen sehen lassen können. —

Langnau (Bayerischer Wald). Am 28. Oktober fand in Schlag eine Steinarbeiterversammlung statt, die schlecht besucht war. Kollege Mittenmeier schilderte das Bestärkungsstellen für die Oberpfalz und Niederbayern. Allgemein bedauert wurde, daß der Bezirkstarif nicht schon in der verprochenen Zeit (im Monat Mai 1912) abgeschlossen wurde. Mittenmeier führte an, wie es kam, daß der Bezirkstarif ins Jögern kam, und versicherte uns aufs bestimmteste, den Abschluß in ein paar Monaten zu vollführen. Kollegen, der schlechte Verdienst und die immer höher werdenden Lebensmittelpreise zwingen uns, den letzten Mann dem Steinarbeiterverbande anzugliedern. Den Herren Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes rufen wir zu, doch etwas loyaler zu sein. Scharf kritisiert wurde, daß der Affordant Huber bei zwei bis drei Sorten Steinen abziehen will, was auch am 31. Oktober zur Tat sache wurde. Die Kollegen ermahnen wir zur Einigkeit.

Strehlen. Am Sonntag, den 8. November, fand hier eine Steinarbeiterversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer, Kollege Da Loria, die Abrechnung vom dritten Quartal. Dieselbe wurde von den Revisoren für richtig befunden. Die Hauptkassierer werden ersucht, regelmäßig und pünktlich mit dem Hauptkassierer abzurechnen, damit eine genaue Uebersicht bei Krankheitsfällen vorhanden ist. Zum zweiten Punkt erstattet Kollege Winkler den Kartellbericht. Die Lokalverwaltung hatte für diesmal als Referenten den Genossen Neutrich aus Breslau bestellt. Derselbe hielt uns einen Vortrag über die neue Reichsversicherungsordnung sowie über das Invaliden- und Unfallgesetz. Seine Ausführungen waren sehr lehrreich und wurden mit Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen noch, daß jeder mitarbeiten helfen soll, um den Verband hochzubringen. Der am 22. Oktober vom Kollegen Walther abgehaltene Bildervortrag war viel besser besucht, als wie die heutige Versammlung. Wir begrüßen es, wenn unser Verbandsvorstand derartige Bildervorträge abhalten läßt.

Striegau. Ein schwerer Schiebungsfall ereignete sich am 29. Oktbr. in einem der Firma Lehmann gehörigen Steinbruch, dem sogenannten Urbanbruch. Die beiden Steinbrecher Pöfker und Walther hatten früh gebohrt und wollten zum Frühstück ihren Schuß abfeuern. Nach der Frühstückspause kehrten die beiden Kollegen an ihre Arbeit zurück und sahen, daß, obwohl die Zündschnur abgebrannt war, der Verlast noch unverseht im Bohrloch steckte. Da die Kollegen schon beim Bohren auf Spalte im Gestein trafen, glaubten sie, der Schuß sei zwar losgegangen, was das öfter vorkommt, und habe die Wirkung in den Spalten verloren. Sie gingen deshalb an, den Verlast herauszunehmen. Walther setzte sich an Bohrloch und Pöfker schlug mehrmals mit dem Hammer auf den Bohrer. Pöflich krachte der nicht losgegangene Schuß und riß Bohrer samt Hammer mit sich in gewaltige Höhe. Die herzu-eilenden Kameraden bot sich ein schrecklicher Anblick. Die beiden bedauernswerten Kollegen wälzten sich in einiger Entfernung schrecklich verbrannt in ihrem Blute. Dem Kollegen Walther war die linke Hand vollständig zerschmettert, der rechte Arm gebrochen und das Gesicht schwarz verkohlt, die Kleider brannten noch. Pöfker kam etwas gelinder davon, doch war auch sein Anblick grauenhaft. Beide werden jedoch mit dem Leben davon kommen. Obwohl der Verlast nicht viel mehr wie 1 Kilometer von der Stadt entfernt ist, kam doch erst gegen Mittag ein Arzt herbei. Es machte sich hier ein Mißstand bemerkbar, der in Striegau immer wiederkehrt, wenn schnelle ärztliche Hilfe erforderlich ist. Ganz ähnlich steht es mit den Krankentransportmitteln. Trotz der vielen Betriebe ist kein Krankenwagen da. So mußte im Vorjahre in Häslicht ein auf die gleiche Weise verunglückter Arbeiter auf einen schweren Steinwagen gelegt werden, auf welchem er dann auch nach kurzer Zeit während des Transportes verstarb. Der Striegauer Anzeiger brachte gleich nach dem oben geschilderten Unfall einen allem Anschein nach von interessierter Seite inspirierten Artikel, in welchem zwar kein Wort von den eben genannten Mißständen enthalten ist, dafür aber verurteilt wurde, den beiden bedauernswerten Kollegen die alleinige Schuld an dem Unfall zuzuschreiben. Es ist doch gegen den gesunden Menschenverstand, anzunehmen, daß die beiden Leute sich so sorglos an das Herausnehmen des Verlastes gemacht hätten, daß der eine sich an Bohrloch in aller Gemütsruhe setzte, während der andre mit dem Hammer draufschlug. Daß hier offenbar von Seiten der Aufsicht die Schicksalsvorsehung verlegt wurde, davon steht in dem Bericht kein Wort. Dann sollte man aber auch die armen Teufel nicht beschuldigen.

Steinach. Am Sonntag, den 27. Oktober, fand unsere Monatsversammlung statt. Die Versammlung war trotz des schlechten Wetters sehr gut besucht. Den Kassenbericht gab der Kassierer, Kollege Luthardt. Aus seinem Bericht entnehmen wir, daß unsere Kassenverhältnisse günstige zu nennen sind, und daß der Kassierer seiner Aufgabe vollständig gewachsen ist. Von Seiten der Revisoren wurde erklärt, daß sie die Kasse in der größten Ordnung voranden. Dem Kassierer wurde einstimmig Demarge erteilt. Für den Bezirk Hellberg wurde, da ein Kollege verstorben ist, ein anderer der Bescheidkommission angeteilt. Beim Punkt Mitteilungen erklärte der Vorsitzende, daß die organisierten Schleiferinnen bei der Firma Mohr u. Söhne die Arbeit wegen Mißständen niedergelegt hatten. Bei einer Verhandlung von Seiten unsres Vorsitzenden und der Direktion des betreffenden Geschäftes wurde ein schöner Erfolg er-

Wirtschaftliche Rundschau.

Weitere Wirkungen des Krieges auf die Börsen, den Getreidemarkt, die Schiffsfrachten. — Diskontierungen. — Kohlenyndikat und Fiskus.

Die letzte Uebersicht schloß mit einem Hinweis auf die sich vorbereitende Wiederholung der Börsen. Auf den bereits ruhigeren Montag, den 14. Oktober, folgten sogar, unter reger Mitwirkung seitens der Großbanken, ein paar Tage des raschen Wiederanstiegens der Kurse. Aber bereits am 16. Oktober war der Höhepunkt dieser Bewegung erreicht. Donnerstag, den 17. Oktober, war alsdann zunächst ein Stillstandstag. Dann kam mit den ersten Siegesnachrichten für die Balkanverbündeten der abermalige Rückschlag für die Börsen; man glaubte jetzt nicht mehr an die Möglichkeit, nach dem Abschluß des Krieges einfach den alten Territorialbestand auf dem Balkan aufrechtzuerhalten und sah bei der kommenden Neuverteilung der Länder die Großstaaten in die gefährlichsten Interessengegenstände hineinreiben, trotz aller erneuten Friedensbeteuerungen der Regierungsvertreter. Die erste Hälfte der nächsten Woche (der 21. bis 23. Oktober) verzeichnet deshalb nicht unbeträchtliche Kursrückführungen. Die zweite Hälfte blieb indes einigermaßen wieder aus; indes mit dem Beginn der Oktoberabschlusswoche ist alle Exzitation auf dem Aktienmarkt verfliegen. Die große Ultimoabrechnung hat eingesetzt und man sieht ihrer Fortentwicklung und ihrem Abschluß mit den denkbar größten Beschränkungen entgegen. Die vor kurzem die Banken die Kredite für die Kassaspekulanten beschnitten, höhere Einprüche verlangten und gegebenenfalls zu Zwangsverkäufen der für die Kreditgewähr verpfändeten Wertpapiere griffen, so lehnen sie es jetzt im Ultimoverkehr bei vielen Kunden ab, die Engagements der nicht ganz Vertrauenswürdigsten durchzuhalten. Nach den Exzitationen auf dem Kassamarkt folgen also jetzt die Exzitationen auf dem Aktienmarkt. Urteilt ein sachkundiger Börsenrundschauer in seinem letzten Wochenrückblick.

Der Waren- und der Frachtmärkte fühlen gleichfalls sofort die Rückschläge. In erster Linie natürlich der Getreidegroßhandel, der in der zweiten und dritten Oktoberwoche außergewöhnliche Schwankungen erlebte. Zunächst brach eine wilde Panne, vor allem in Roggen, durch, weil die Ausfuhr aus Rußland und den Balkanstaaten gefährdet schien, wenn nicht durch Ausfuhrverbote an Ort und Stelle, dann durch Schiffsmangel und durch die Erschwerung der Dardanellenpassage; griechische Schiffe, die für den Export Rumaniens und eines Teils der südrussischen Transporte keine geringe Bedeutung haben, war bereits die Durchfahrt durch die türkischen Meerengen verweigert worden. Da der Weizen mehr international produziert wird, so stürzte sich die Panne vorwiegend auf den Roggen, für dessen Zufuhr Rußland und die Balkanländer ausschlaggebend sind; an einem einzigen Tag trieb man in Berlin den Roggenpreis um 8 Mark empor. Später, gleichfalls ein großer Ausfuhrartikel Rußlands und im Kriege außerordentlich nachgefragt, war nicht ganz so stark beeinflusst, aber immerhin in ähnlicher Weise. Später setzte jedoch auch hier, ähnlich wie an der Effektenbörse mit ihrem unsicheren Schwanken, eine fast gleich starke Gegenbewegung ein. Folgende Tabelle der „Deutschen Tageszeitung“ veranschaulicht die Preisbewegung vom 12. bis 19. Oktober. Es notierten an der Berliner Produktenbörse in Mark pro Tonne:

| | 10. | 11. | 12. | 13. | 14. | 15. | 16. |
|----------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Roggen: | | | | | | | |
| Dezember | 176.25 | 178.50 | 181.— | 187.75 | 184.75 | 181.75 | 180.— |
| Mat ... | 178.50 | 180.50 | 182.— | 187.— | 185.50 | 182.75 | 180.25 |
| Weizen: | | | | | | | |
| Dezember | 211.75 | 213.50 | 213.50 | 215.75 | 215.25 | 212.75 | 212.— |
| Mat ... | 215.50 | 216.75 | 217.25 | 220.— | 219.25 | 216.50 | 215.75 |
| Hafser: | | | | | | | |
| Dezember | 180.50 | 181.75 | 182.50 | 187.— | 186.75 | 183.50 | 181.— |
| Mat ... | 180.50 | 182.50 | 182.50 | 186.25 | 186.75 | 182.25 | 181.— |

Am 28. Oktober mittags notierte Dezemberroggen 180, Dezembeweizen 210,50 bis 211, Dezemberhafser 182 und etwas darüber, so daß also nur der Weizen vollkommen zu einer ruhigeren Bewertung zurückgeführt ist.

Für die Fahrten nach dem Schwarzen Meere erhalten die Räder ganz enorme Preise. Wo man vor fünf Jahren für Schiffsfrachten nach England 5 Schilling 3 Pence erzielte, zahlt man jetzt 25 Schilling 3 Pence. Daß daneben der gesamte internationale Frachtmarkt für die Räder außerst günstig liegt, erwähnten wir schon oft, so daß folgende Aufschrift aus London an das Berliner Tageblatt kaum übertrieben ist: „In früheren Jahren schätzte sich ein Räder glücklich, wenn ein Frachtdampfer von 7000 Tonnen einen Nettotonnen von 1000 Pfund Sterling abwarf. Jetzt bringt derselbe Dampfer auf einer neunzigstündigen Reise zum und vom Schwarzen Meer 7000 Pfund Sterling ein, d. h. im Jahre 28 000 Pfund Sterling. Kostet der Dampfer etwa 40 000 Pfund Sterling, so bedeutet dieses Einkommen mehr als 50 Prozent.“ Manche Räder fürchten freilich auch nach dieser Panne einen Preisschlag und suchen deshalb zu rechter Zeit alle Schiffe zu verkaufen, die sie nicht unbedingt brauchen.

Von Hafestädten.

Von Dr. Franz Rothensfelder.

Dem Auge, das noch eben Pisas berühmten schiefen Turm zu erspähen suchte, zeigte sich plötzlich aus der Ferne der überraschende Anblick einer sich über das Land erhebenden Silberfläche. Möchte der ungewohnte, in die Höhe wachsende Horizont ein Vangeln in mir hervorrufen oder mit dem Erscheinen des Meeres die lange vorausgegangene Erkenntnis der Meeresherrschaft in überschneullem Bestürzen in mir wach werden: jener erste Eindruck der Furcht vor dem Meere verirrte sich später noch selbst in meine Träume, und alle Schönheit des Meeres brachte das Gefühl des Vangens nicht zu völligem Untergang. Hochgebirge und Meer, die der Erde größte Sprachen sprachen, ergreifen die Seele über die Grenze ihrer Empfindungserkenntnis hinaus. Sie verwirren, erschüttern — auch dann, wenn sie reinste Schönheit bieten. Sie wecken Sehnsucht, Schmerz — aber selbst im Jubel der leuchtendsten Sonnenvermählung gewähren sie nicht weitere Zufriedenheit. Sie lenken von Leben und Schicksal ab, indem sie die Seele ins Uferlose, Geheimnisvoll-Unbewußte führen. Und Hochgebirge und Meer ziehen Menschenseelen mit elementarer Gewalt an sich und gestalten Schicksale, ehe sie einen Einblick in ihre rätselhaften übermenschlichen Größe gewähren.

Das Anbrechen der Nacht erlaubte mir, mich noch einmal zu sammeln, ehe ich dem unheimlichen Angesicht des Meeres gegenüberstände. Und während ich durch die Straßen von Livorno ging, stets beherrscht von Meereseindrücken, erkannte ich zuerst den eigenartigen Bauber, der nur Hafestädten eigen ist. Jede Hafestadt ist wie eine Festung. Die Menschen scheinen hier dichter aneinander gedrängt und inniger miteinander verbunden. Ein furchtbarer Feind im Kampf, im Frieden immer noch ein Dämon, lauert der Seele des Meeres vor den Toren — immer das Symbol der Ueberlegenheit der Elemente über den Menschen. Und in der Nähe des ewig Unfruchtbaren, des Todes, zu dem kein Lebendiges erst erben mußte, flüchtet das Leben zu erzwungenem Selbstbewußtsein. Die Zeit, die über dem Meere in stumpfer Trägheit erstarrt ist, weilt und jagt hier die Menschen zu erschöpfendem Genießen des

Wenig Gleichmut verraten ferner die großen Zentralbanken Europas. Am 16. Oktober steigerte die belgische Nationalbank ihren Diskont um 1 Proz., von 4 auf 5 Proz. Am 17. Oktober vollzog die Bank von England den gleichen Schritt; am gleichen Tag erhöhte die Bank von Frankreich ihren Diskont von 3 auf 3½ Proz. Vom 18. Oktober ab setzte die Schwedische Reichsbank ihren Wechselzinsfuß von 4½ auf 5 Proz. in die Höhe. Die deutsche Reichsbank ging am 24. Oktober von 4½ zu 5 Proz. über, für die Lombardierungen von 5½ zu 6 Proz. Nirgends war augenblicklich die Bankverfassung an sich eine wesentlich schwächere; alle diese Schritte sind deshalb mehr als Vorsichtsmaßregeln gegen zukünftige Möglichkeiten aufzufassen. Unwillkürlich wird man an die Zeit vor reichlich einem Jahre erinnert, als die Marokkotreuen und dann der Beginn des Tripoliskrieges die Banken zu Schutzmaßnahmen veranlaßte, die damals aber zum Teil schon Kampfmaßnahmen ähnlich sahen. Im Herbst 1911 waren Deutschland große Auslandguthaben entzogen worden, und die Reichsbank ging deshalb schon am 19. September von 4 zu 5 Proz. hinauf, während England, Frankreich, Belgien und Oesterreich-Ungarn am 21. September mit ähnlichen Schritten folgten. Der Prozente Diskont vom Vorjahre galt bei der Reichsbank bis zum 11. Juni des laufenden Jahres, während sonst gewöhnlich der Februar oder schon der Januar eine Erleichterung bringt. Aller Wahrscheinlichkeit nach müssen wir diesmal zufrieden sein, wenn bis zum Jahresende nicht eine nochmalige Heraussetzung von der Bankleitung für notwendig befunden wird.

Die Preisverhöhung des Kohlenyndikats hat eine überraschende Folge nach sich gezogen: der preussische Fiskus, der erst seit dem Abkommen vom Dezember 1911 dem Syndikat den Verkauf seiner Erzeugnisse übertrug, hat von seinem Vorbehalt, jederzeit zurücktreten zu können, Gebrauch gemacht. Den Hauptanstoß dazu soll die Festsetzung der Preise für Hausbrandkohle gegeben haben, während, wie es heißt, der Fiskus wohl für die übrigen „Preisauflösungen“ zu haben gewesen wäre. Wahrscheinlich werden die Erörterungen im preussischen Abgeordnetenhaus sehr bald Klarheit über die Ursachen dieses plötzlichen Frontwechsels verschaffen.

Berlin, 4. November.

Max Schippel.

Die Teuerung und die Arbeiter nach den Berichten der Fabrikinspektoren.

„Ich schaffe, was Ihr wollt, und schaffe mehr“: diese Worte des Neptitophiles an den Kaiser, der Geld geschafft haben wollte, setzte Steinmann-Bucher als Motto vor sein schwarz-weiß-rotes Buch: „350 Milliarden deutscher Volksvermögen“. Das Buch sollte die arme Volksmasse Feuerwilliger machen. So wurde denn, nachgewiesen, wieviel Gänse, Hühner, Schweine usw. auf jeden Deutschen „im Durchschnitt“ kommen. Das Vermögen des deutschen Volkes soll nach Steinmann-Bucher pro Kopf der Bevölkerung 5400 Mark und auf die fünfköpfige Familie 27 000 Mark betragen. Die Arbeiter und die unbemittelten Volksmassen überhaupt, die dies lesen, werden ja denken, daß Mindestlohn und Pflanzen nach solchen Zahlen ja gewiß ein „schön Gericht“ sind, sie werden aber auch finden, daß sie von der schönsten Durchschnittsberechnung leider selbst noch keine Suppe aus den Tisch und keinen Pfennig in die Tasche bekommen. Wenn das Vermögen der — Reichen in Deutschland so ungeheuer geblieben und wenn dabei die Masse des Volkes arm geblieben ist, dann ist eben die Ausbeutung des Volkes durch Grund-, Industrie- und Handelskapital gestiegen! Für die arme Masse ist dies kein Trost, es reizt nur die Erbitterung darüber, daß sie hungern muß, derweil alle Warenlager von unten bis oben mit Gebrauchsgegenständen gefüllt sind. Und während das Volk im „Waterland“ von den „nationalen“ Politikern von den erzeugten Gütern ferngehalten wird, rennen die Agenten des Kapitalismus durch die Welt, um irgendwo noch ein „wildes“ Volk zur Abnahme der Waren zwingen zu können!

Jetzt, wo überall im Lande Not und Elend noch weiter steigen und das Volk dringend Abhilfe der Nahrungsnot fordert, ist es angebracht, zuzusehen, was die Fabrikinspektoren über Teuerung und Lohnsteigerung zu sagen haben. In den Berichten der preussischen Gewerbeträger für das Jahr 1911 werden wohl aus manchen Bezirken meist geringe Lohnsteigerungen erwähnt, aber regelmäßig wird dabei von der verteuerten Lebenshaltung berichtet, so daß in vielen Bezirken Teuerungsmassnahmen notwendig wurden.

Aus Gumbinnen und Allenstein wird berichtet, daß die Löhne teils durch freiwillige Zulagen, teils infolge Streiks, vielfach „geringe Aufbesserungen“ erfahren haben. Von Danzig werden „verringelte“ Lohnsteigerungen erwähnt, jedoch „liegen die meisten Lebensmittel nicht unerheblich (also erheblich; warum so zart? Red.) im Preise“. Nach dem Bericht aus Posen haben „der günstige Geschäftsgang der Industrie und die Teuerung aller Lebensmittel in vielen Betrieben zu einer Steigerung der Löhne geführt“, die auch wieder zum Teil durch Streiks erzwungen werden mußte. Im Bezirk Erfurt zeigten zwar die Arbeitslöhne „eine steigende Bewegung“, jedoch war „mit der Steigerung der Löhne eine zunehmende Teuerung wichtiger Lebensmittel verbunden“, zu deren Milderung Be-

hörden und Unternehmer zum Kartoffelhandel schritten. Verdächtig heischen Klagen Bemerkungen wie die in dem Bericht aus Schleswig, daß sich die Löhne „in aufwärtssteigender Richtung bewegen“. Im Regierungsbezirk Stade litt die Lebenshaltung der Arbeiter im Berichtsjahr „unter der anhaltenden Teuerung der Lebensmittel“. Die Löhne haben zwar „meist eine Aufbesserung erfahren“, aber teilweise wieder „erst nach längerem Kampfe“. Im Bezirk Arnberg sind die Arbeitslöhne „in denjenigen Gewerbebezirken, die sich in günstiger Lage befinden, wohl durchweg gestiegen, wenn auch meist nur um ein Geringes“. Aber: „durchweg ungünstig beeinflusst wurde die Lebenshaltung der Arbeiter durch die Verteuerung des Fleisches, mancher Kolonialwaren und insbesondere der infolge der Dürre des vergangenen Sommers vielfach mangelnden Feld- und Gartenfrüchte“. Fabriken haben zur Herabminderung der Teuerung Kartoffeln, Fische, Fleischwaren, Käse und Kohl geliefert. „Zum Einkauf des Kohles schickte ein großer Werk des Ruhrbezirks einen Beamten auf Reisen, da die öffentlichen Marktpreise unerträglich erschienen“. „In beachtenswerter Weise“ ist nach den Angaben der Gewerbeaufsichtsbeamten der durchschnittliche Arbeitsverdienst in Berlin gestiegen: „In manchen Industriebezirken verdient die Arbeiter, wie man aus den Lohnlisten erfahren konnte, verdient hohe Wochenlöhne, daß sie wohl in der Lage gewesen wären, sich einen Notzuschuß für die unausbleiblich wiederkehrende schlechtere Zeit zurückzulegen.“ Da wäre es wünschenswert zu erfahren, welche „Höhe“ denn dem notwendigen Lebenslohn zugeordnet ist. Der berichtende Beamte beklagt indes den „im allgemeinen noch wenig entwickelten Sparsinn“. Insofern dauerte auch die ganze „Sparlichkeit“ nicht lange, denn „im Laufe des Sommers wurde allerdings der gesteigerte Verbsitt durch die Steigerung der Preise für die einfachsten Lebensmittel, z. B. Kartoffeln und Fleisch, wieder ausgeglichen, und im Herbst gestalteten sich die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt derart, daß eine Anzahl Fabrikanten sich veranlaßt sah, Teuerungszulagen zu bewilligen“.

Nach dem Bericht aus dem Bezirk Posen ist von einer wesentlichen Erhöhung der Löhne „nichts bekannt geworden“, so daß infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise die Lage der Arbeiter ungünstiger war als im Vorjahre. Im Breslauer Gebiet hielt sich die Lohnhöhe „für die Hauptmasse der gewerblichen Arbeiterklasse auf dem bisherigen Stande, wenn auch größere Verbandsgruppen durch Lohnbewegungen und Tarifverträge Steigerungen erreicht haben, und sonst noch hier und da Aufbesserungen eingetreten sind. Im großen und ganzen ist die Lebenshaltung nicht günstiger geworden; weite Kreise litten vielmehr, zumal infolge der durch die ungewöhnliche Trockenheit des Sommers geschädigten Ernte, beträchtlich unter verteuerten Preisen für manche Lebensmittel“. Im Bezirk Merseburg wurden auch Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung durchgeführt. „Einem empfindlichen Lohnausfall erlitten die Arbeiter der Zuckerraffinerien, deren Kampagne infolge der außerordentlich schlechten Rübenenernte nur etwa vier Wochen gedauert hat.“ In den Schussfabriken wurde die Arbeitszeit „durchschnittlich um ein Fünftel verkürzt“. Zum Trotz wohl wird aus dem Bezirk Lüneburg erwähnt, daß die schlechte Lage der Gemüselieferanten, Zucker- und Kartoffelstärkefabriken „nur fremde Arbeiter aus andern Landesteilen“ durch Minderverdienst geschädigt habe. Im Bezirk Minden blieb die Lohnhöhe im allgemeinen unverändert, „die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung wurde durch die infolge der anhaltenden Dürre noch gestiegenen Lebensmittelpreise beeinträchtigt“. Auch im Düsseldorfer Bezirk hat sich die Lohnhöhe „im großen und ganzen“ gegen das Vorjahr „nicht wesentlich geändert“.

Aus dem Bezirk Potsdam wird gemeldet, daß die Lebensverhältnisse der Arbeiter durch die Verteuerung fast aller Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände ungünstig beeinflusst wurde. „Im allgemeinen sind die Löhne etwas gestiegen, wenn auch nicht in dem Maße, daß dadurch die Verteuerung des Lebensmittels voll ausgeglichen wäre.“ In den Bezirken Danabrad und Aurich steht „den Lohnverbesserungen eine empfindlich wirkende Verteuerung nahezu aller Lebensmittel gegenüber, so daß von einer Hebung der Lebenshaltung des Arbeiters nicht gesprochen werden kann!“ Nach dem Bericht aus Münster war die Lage der meisten Arbeiter „unbefriedigend wegen der eingetretenen Verteuerung der Lebensmittel, und weil infolge schleppenden Geschäftsganges oder des Arbeitens mit nur geringem Nutzen während des größeren Teiles des Jahres Lohnaufbesserungen von den Fabriken nicht gewährt werden konnten“. Auch im Bezirk Wiesbaden hat sich „die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung infolge der Steigerung der Preise für Lebensmittel ungünstig gestaltet“. Die Löhne haben mit dieser Preissteigerung „nur teilweise Schritt gehalten“. Von etlicher Hoffnung schwanger wird aus Koblenz erwähnt, daß die „Neigung zum Steigen“, die die Arbeitslöhne zeigten, „bei der allgemein verteuerten Lebenshaltung und der fortschreitenden Belebung der Industrie eine Lohnsteigerung „zur Folge haben dürfte“. In Aachen er Bezirk war die Geschäftslage in der Industrie „im allgemeinen günstig“, u-

Augenblicks, doppelt und dreifach die, denen das Meer nur eine kurze Raft zu Lande gewährt. Und sie haben nach Genüssen, lassen den Becher der Freude überschäumen — denn da draußen wartet Schmachten und Verschmachten, und mancher denkt daran, daß diese Unenbllichkeit des Wassers nicht instand ist, dem Dürstenden einen einzigen Tropfen Erquickung zu spenden.

Auf dem großen Plage von Livorno lernte ich sie zuerst kennen, die lebensfreudigen Gezeiten im schmutzigen Arbeitsrod und mit über und über geschwärtzten Gesichtern. Und ich sah sie mit der gleichen italienischen Anmut ihren Kaffee trinken, ihre Becher mit Wein erheben wie die eleganten Römer und Florentiner. Ihre Unarten fielen sogar noch weniger auf — das Schreien und Sprechen paßte besser ins Milieu. Ja, ihre Unterhaltung mit dem Fremden war sogar abwechslungsreicher und fesselnder — diese Leute stellten nicht die ewigen Fragen nach den Aussichten in einem möglichen Kriege mit Oesterreich, prahlten nicht mit Meer und Marine, schwelgten nicht mit kindlicher Freude in den unfreiwilligen Erpadrängen des Fremden, waren keine schwachen Durchschnittsitaliener, sondern ernste Männer, die, wenn sie etwas sprachen, ihre eigene Persönlichkeit sprachen und das Ringen einer neuen mit einer alten Zeit durchklingen ließen. Wer in Rom, angefaßt der heiligen Stätten, noch nicht von dem wilden Freiheits- und Befreiungsdrang des italienischen Proletariats überzeugt wird, der mag nach Livorno kommen und dort mit einem Hafenarbeiter ein Gespräch über Gott und Welt führen. Und er wird nicht schönklingende Phrasen, wie sonst im Lande üblich, hören, sondern wilde Leidenschaft in nüchternen Worten. Ich habe die Proletarier von Livorno ob der Kühnheit und Echtheit ihres Empfindens und Wollens wahrhaft schätzen und lieben gelernt. Erst blieb diese Stadt immer für mich — mitten im Lammel einer allgemeinen Bekämpfung hörte ich mehr als den Ruf des Meeres, ich hörte Anklagen derer, die in einem von der Sonne gesegneten Lande zu Not und Plage verdammt, nach Freuden haften müssen und während der kurzen Raft kaum Zeit finden, auch äußerlich den Menschen in ein festliches Gewand zu hüllen. Zeit? Als ob es nur das wäre! Wer hat dort unten die Möglichkeit, aus dem Gewande seiner Not herauszukriechen?

Und ein reines Gesicht im Über und über beschmutzten Arbeitskleid? Mügen sich glückliche Vergnügungssuchende über diese Vernachlässigung entrüsten zeigen — mir hatten die wilden Gezeiten mehr zu sagen, die in müder Arbeitskraft noch in Ketten der Arbeit die harmlosen Freuden des bürgerlichen Lebens zu kosten suchten. Livorno, die erste Hafestadt, die ich sah, blieb in meiner Erinnerung die bunte Arbeitsstadt mit der Wehmüt mäßig erzwungener Freude, die Stadt zugleich, in der Kraftgefühl und Trotz mit südländischer Lebenslust gären. Und oft stelle ich im Geiste ihr Bild dem der ewigen Stadt gegenüber und denke an das Zusammenschlagen der alten mit der neuen Zeit. Rom hat seine trostlose Armut, aber sie geht im wahrhaft fürstlichen Glanz unter — diese Hafestadt aber atmet einen Geist, der Denkmäler, Kirchen, Hotelpaläste und all das prächtige Italiens mit einem dunklen Schatten bedeckt.

Eine Fahrt von wahrhaft eigenartigem Reiz und tiefen Schönheitseindrücken führte mich durch das wundervolle Mittelmeerblau einem nächtlichen Aufenthalt im Kriegshafen von Spezia zu, der durch natürliche Höhengänge gebildet und besetzt ist. Bis Mitternacht hatten wir Aufenthalt, den wir auf dem Deck des Schiffes verbrachten. Ein österreichischer Offizier hatte sich mir während der Fahrt durch sein „Aha“ in der italienischen Unterhaltung verraten, und während die andern Passagiere an Land gegangen waren, ließen wir uns auf dem Zwischendeck nieder — er der Stimmung halber und mir zuliebe und ich — weil ich eben Zwischendeckspassagier war. Später, als ich wieder einmal die gleiche Fahrt auf einem sizilianischen Frachtdampfer zurücklegte, bekam ich nicht so vornehmen Besuch, lediglich eine alte Kasse und Hühner, die auf Getreidefäden saßen, leisteten mir das zweitemal Gesellschaft. Und da war es auch nicht der mit südländischer Klarheit strahlende Sternenhimmel, sondern Sturm und Seekrankheit belehrten mich, daß man in seiner Unbescheidenheit nicht gut daran tut, vom Leben und der Natur zum zweiten Male den gleichen hohen Genuß erzwingen zu wollen. Aber damals zum ersten Male im Hafen von Spezia, als es still auf dem Schiffe geworden, der österreichische Offizier schon schlafen gegangen und statt seiner der große Hallensche Komet mich zu philosophischen Betrachtungen aufregte — damals vergaß ich mich

günstig auf die Lage der Arbeiterschaft wirkte aber wieder die hohen und noch weiter gesteigerten Preise für Lebensmittel.
Im Bezirk Danzig stiegen, trotz der günstigen Ernte in Westpreußen, die meisten Lebensmittelpreise „nicht unerheblich“ (also erheblich) im Preise. Eine „Teuerung aller Lebensmittel“ wird aus Liegnitz berichtet, aus Magdeburg von einer „Teuerung“, ebenso aus Merseburg, Schleswig usw. Aus Schleswig wird erwähnt: „In recht origineller Weise ist eine große Lederfabrik verfahren. Sie hat 10 Ochsen angekauft, die auf den zur Fabrik gehörenden Wiesen gemäht und sodann durch die Arbeiter des Betriebs ausgeschlachtet wurden.“ Hannover, Kassel, immer das gleiche Lied: Teuerung, Seefische und was sonst.
Die oft maßlose Anpreisung der Fische als Ersatz für Fleisch wird von den Arbeitern begreiflicherweise nicht überall kritiklos aufgenommen. Aus Berlin wird erwähnt, daß die „ablehnende Haltung“ der Arbeiter „auf die falschen Vorstellungen vom Nährwert des Fischfleisches und auf die mangelnde Erfahrung der Arbeiterfrauen in seiner schmackhaften Zubereitung“ zurückzuführen sei. Ähnliche Gründe werden aus Breslau für die „meist fehlgeschlagenen Versuche“, die Arbeiterbevölkerung dauernd für die Fischmahlzeit zu gewinnen, angeführt. Ein anderer Grund wird aus den Bezirken Danzig und Aurich angeführt, wo mehrere Betriebsleiter „den Bezug von Fischen wegen zu geringer Nachfrage wieder einstellen“ mußten. „Ein Grund hierfür“, heißt es, „wird neben der weniger anhaltenden Sättigung darin zu finden sein, daß die Fischmahlzeit in der Mittagsstunde eine verhältnismäßig lange Zeit beansprucht, und der Arbeiter nicht so schnell, wie er es gewohnt ist, mit dem Essen fertig wird.“ Und auf den Pfiff der Dampfheise muß der Proletar ja wieder seine Glieder gleich Automaten in die Maschinen spannen. Geht also nicht nur Fische, geht zum mindesten auch Zeit! —
Inzwischen hat sich die Lage für die Arbeiter nicht verbessert; die Grenzen sollen — nach dem Willen der herrschenden Mächtigkeiten — nicht geöffnet werden, Ringe und Kartelle suchen die Preise der Waren noch immer höher zu schrauben. In einer Zeit grobhartiger gesteigerter Arbeitsleistung kann die Arbeiterfamilie nicht den Hunger verjagen. Und wenn das Volk klagt, weist man — wie zum Hohn — darauf hin, wie ungeheuer, eben durch die fortgeschrittene Arbeitstechnik, das Vermögen der Reichen gestiegen ist!
Wie lange soll dies tolle, frevelhafte Spiel noch andauern?

Wie die Waisenversicherung durchgeführt wird.

Der schlimmste Mangel der mit dem Beginne dieses Jahres in Kraft getretenen Witwen- und Waisenversicherung ist der geringe Betrag der Renten. Um so bezeichnender ist es, daß die Versicherungsbehörden die Bestimmungen über die Berechnung der Renten möglichst ungünstig für die Witwen und Waisen ausgelegt und dadurch die Renten noch mehr verringert haben.

Am 21. April 1912 ist, so berichtet Herr Landesobersekretär Path aus Kiel in der Arbeiter-Versorgung, ein Arbeiter, Vater von sechs Kindern unter 15 Jahren, gestorben. Die Frau ist noch nicht invalide; sie erhält keine Rente. Nach den Bestimmungen, die für die Berechnung der Rente für jedes einzelne Kind gelten, beträgt die Waisenrente der sechs Kinder zusammen:
172.80 Mk. das Jahr,
14.40 Mk. den Monat,
0.48 Mk. den Tag.

Eine Mutter, die sechs Kinder unter 15 Jahren zu erziehen hat, muß darauf ihre ganze Arbeitskraft verwenden. Sie kann unmöglich auch noch zur Arbeit gehen, muß vielmehr von der Rente ihrer Kinder leben. Die 48 Pfennige, die die Kinder täglich als Rente bekommen, müssen für den Lebensunterhalt der sechs Kinder und der Mutter dienen, zusammen sieben Personen; bleiben für den Lebensunterhalt jeder Person — sage und schreibe — 6% Pfennige den Tag!

Aber, das ist noch zu viel. Nach § 1294 dürfen die Renten der Hinterbliebenen zusammen nicht mehr betragen als das Anderthalbfache der Invalidenrente, die der Verstorbene zur Zeit seines Todes bezog oder bei Invalidität bezogen hätte.

Wäre in unserm Falle der Arbeiter am 21. April 1912 nicht gestorben, aber invalid geworden, dann hätte er eine Jahresrente bezogen, die für seine eigene Person 164.14 Mk. betragen hätte. Dazu käme der Kinderzuschuß in der Höhe der halben Invalidenrente. Der Gesamtbetrag ist also 164.14 + 82.07 = 246.21 Mk. Die Hinterbliebenen können nur 172.80 Mk. das Jahr beanspruchen. Mithin ist die Rente der sechs Waisen nicht zu kürzen.

Die Versicherungsanstalt rechnete aber anders. Sie stellte als Invalidenrente nur den Betrag ein, den der Arbeiter für seine Person bekommen hätte, nicht aber den Kinderzuschuß; also nur 164.34 Mk. Der Betrag ist um rund

8.40 Mk. kleiner als die Rente der sechs Waisen. Aus diesem Grunde kürzte die Versicherungsanstalt den sechs Waisen die Rente um 8.40 Mk. jedes Jahr.

Die Mutter legte gegen diese Kürzung der Rente Berufung ein. Das Oberversicherungsamt wies die Berufung zurück, und das Reichsversicherungsamt verwarf die Revision. Demnach muß in allen derartigen Fällen so verfahren werden.

Maßgebend für diese Entscheidungen ist der Umstand gewesen, daß es im § 1294 heißt:

Die Renten... dürfen zusammen nicht mehr betragen als das Anderthalbfache der Invalidenrente, die der Verstorbene... bei der Invalidität bezogen hätte.

Wenn die Zuschukrente für die Kinder mit berücksichtigt werden sollte, so hätte dies — nach der Entscheidung — im Gesetz ausdrücklich gesagt werden müssen; denn unter Invalidenrente an und für sich könne nur die Invalidenrente für den Versicherten allein verstanden werden.

In der angeführten Gesetzesbestimmung ist jedoch von der „Invalidenrente an und für sich“ gar nicht die Rede, sondern nur von „der Invalidenrente, die die Familie bei der Invalidität bezogen hätte“. Und das ist die Invalidenrente für den Verstorbenen selbst und für seine Kinder.

Daß der Teil der Invalidenrente, die der Invalide für seine Kinder bekommt, nicht zur Invalidenrente gehört, ist im Gesetz nirgends gesagt. Das Gegenteil geht aus dem Wortlaut der Bestimmung über den Kinderzuschuß hervor. Sie lautet wörtlich:

Der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes dieser Kinder um ein Zehntel, bis zu dem höchstens anderthalbfachen Betrage.

Hier lesen wir nicht von zwei Renten: der Invalidenrente und der Zuschukrente, sondern von einer Rente, der Invalidenrente, deren Betrag erhöht ist.

Die Auslegung, zu der die Versicherungsbehörden gelangt sind, ist demnach mindestens sehr zweifelhaft. Wie in solchen Fällen zu verfahren ist, das hat vor wenigen Wochen der Präsident des Reichsversicherungsamts, also ein für die Versicherungsbehörden sehr gewichtiger Herr, in einem Vortrage auf dem letzten Berufsgenossenschaftstage zutreffend dargelegt. Es sei nicht zulässig — so sagte er — die Arbeiterversicherung als einen gewöhnlichen Versicherungsvertrag aufzufassen, der nur die unmittelbar Beteiligten betrifft. Daher könnten für die Arbeiterversicherung nicht allein die Rechtsgrundsätze maßgebend sein, die die Rechte einzelner Personen gegeneinander regeln. Jedes Wohlwollen auszuschalten, dem würde der Sinn und Zweck der gesellschaftlichen Fürsorge widersprechen. Ueber den „Sinn und Zweck“ der Vorschrift, daß die Hinterbliebenenrenten in jenem Falle zu kürzen sind, gibt die Begründung der Vorlage zur A.-V.-D. Auskunft. Es heißt hier:

Es muß dem vorgebeugt werden, daß Witwe und Waisen zusammen eine Verbesserung ihrer Lage durch den Tod ihres Ernährers erfahren. Dem wird durch eine Vorschrift hinreichend Rechnung getragen, nach der die Hinterbliebenenrenten zusammen nicht mehr betragen dürfen als das Anderthalbfache der Invalidenrente des verstorbenen Ernährers.

Hierbei konnte die Begründung gar nicht an einen Gegenatz zwischen der Invalidenrente und der Zuschukrente gedacht haben, weil erst die Reichstagskommission die Zuschukrente in das Gesetz hineingebracht hat. Für die Begründung konnte daher nur in Betracht kommen auf der einen Seite, was die Hinterbliebenen zusammen — nach dem Tode des Vaters — von der Versicherung beziehen, und auf der andern Seite, was sie bezogen hätten, wenn der Vater nicht gestorben, aber invalid wäre. Der letzte Bezug besteht nicht in der „Invalidenrente an und für sich“, sondern in der durch den Kinderzuschuß erhöhten Invalidenrente.

Alles dieses müssen die Herren des Oberversicherungsamts und des Reichsversicherungsamts selbstverständlich wissen. Trotzdem halten sie es für vereinbar mit dem Sinn und Zweck der gesellschaftlichen Fürsorge, die Waisenrente noch weiter zu kürzen, weil der Anspruch auf die — 6% — Hungerpfennige täglich im Gesetz nicht klar genug ausgesprochen sei.

Steinausreibungen.

Folgende Ausreibungen sind uns bekannt geworden:
Magistrat Elberfeld. Haussteinverbleibung für die zu errichtenden Arbeiterwohnhäuser an der Uellendahler Straße.
Königl. Eisenbahnbetriebsamt in Goslar. 800 Quadratmeter Reichenpflastersteine für den Bezirk des Betriebsamts Goslar.
Bürgermeisteramt in Metz. 2500 Quadratmeter Großpflastersteine aus Granit.
Stadtbauamt in Spandau. 300 laufende Meter gerade Granitbordsteine.

Baumeister P. Dehler in S. a. h. r. Steinmetzarbeiten zum Neubau einer Kaserne für die Maschinengewehrkompanie.

Städtisches Tiefbauamt in Pagen. 400 Meter Bordsteine aus Basaltlava.

Architekt Heinrich Bomhoff in Hamburg. Zum Neubau der Realschule in Gütin: Pos 1. Erd-, Mauer-, Asphalt- und Steinmetzarbeiten.

Stadtbauamt in Gasse. Lieferung von rund 800 laufende Meter Granitbordsteinen für den Ausbau verschiedener Straßen. Tiefbauamt in Leipzig. 1940 Quadratmeter Granitplatten, 9500 Meter Granitwellen und 1000 Stück Straßeneinlaufungensteine aus sächsischem, bayrischem oder schlesischem Granit an mehrere Unternehmer.

Landesbauamt in Erfeld. 17500 Quadratmeter Basaltsteinpflaster in fünf Tagen für 1913.

Landesbauamt in Saarbrücken. Lieferung von 2750 Quadratmeter Basaltsteinpflaster.

Großherzog. Eisenbahndirektion in Oldenburg. 100 Natur-Grenzsteine. Preise frei Bramsche oder Delmenhorst.

Königl. Eisenbahnbauabteilung in Bremen. Lieferung von 5350 Quadratmeter Kleinpflastersteinen aus Granit, Basalt, Grauwade oder sonstigem gleichem Material für verschiedene Bahnhöfe der Umgestaltung der Bahnanlagen in Bremen in einem Lose.

Kreisbaumeister Specht in Koblenz. Pos 2. Steinmetzarbeiten zum Neubau der Kreisparke in Koblenz.

Hochbauamt in Leipzig. Steinmetzarbeiten zum Stadtbau Nord.

Stadtbauamt in Rostock. 1000 laufende Meter Kantsteine und 850 Kubikmeter Koppsteine.

Stadtbauamt in Kassel. Pos 1. 6000 Quadratmeter Methenpflastersteine; Pos 2. a) 12000 Quadratmeter Kleinpflastersteine, b) 5000 Quadratmeter Koppflastersteine, c) 150 Kubikmeter Mosaiksteine; Pos 3. 1000 Kubikmeter Sandsteinschlag, 1000 Kubikmeter Mischsteinschlag, 1000 Kubikmeter Splitt, 1000 Kubikmeter Grus; Pos 4. 4000 Meter Randsteine aus Granit; Pos 5. 3000 Meter einfache Bordsteine aus Basalt oder andern Material, 700 Meter besonders bearbeitete Bordsteine aus Syenit oder Diabas.

Baumeister und Diplomingenieur P. Sültenfuß in Düsseldorf. Zur Renovierung des alten historischen Kirchturms an der katholischen Pfarrkirche zu Kirchbroich bei M.-Gladbach Steinmetzarbeiten (Sandstein, Basalt).

Stadtbauamt in Aachen. Für 1913: 1000000 Stück Pflastersteine 1. Sorte, von 10/16 Zentimeter Koppfläche mit 16 Zentimeter Höhe einschließlich der erforderlichen Bändersteine von 10/24 Zentimeter Koppfläche aus Grauwade oder Kohlsandstein; 4000 laufende Meter gerade Bordsteine und 2000 laufende Meter Kurvenbordsteine aus Niedermendiger Basaltlava oder Granit; 1000 Kubikmeter Kohlsandsteinschlag.

Ein Jubiläum des Steinsegersverbandes.

Der Verband der Steinseger, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands kann in diesen Tagen auf fünfundsiebenzig Jahre seines Bestehens zurückblicken. Nicht, daß nicht auch schon vorher Vereinigungen der Berufsangehörigen bestanden hätten; aber diese Vereinigungen staken tief in der Zünfterei, waren sogenannte Brüderkassen, denen der Klassenkampf ein fremder Begriff war. Ein „geregelter Gesellenstand“, das heißt, Ausschluß aller, die nicht ihre zünftige Herkunft nachweisen konnten, war ihr Ziel, obgleich die wirtschaftliche Entwicklung die Zahl der nichtzünftigen Berufsangehörigen, die sich also durch keinen Innungsbrief ausweisen konnten, der Zahl der Zünftigen mindestens gleichgesetzt hatte. Auch die Schläge des Sozialistengesetzes hatten auf die solchermaßen organisierten Steinseger keinen merkbaren Einfluß ausgeübt. Erst nach dem im November 1886 in Berlin abgehaltenen ersten Kongreß der Steinsegergenossen verließen auch die Steinseger die alten Zunftpfade und schlugen sich allmählich zur Armee des auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Proletariats. Doch bedurfte es noch langer und schwerer innerer Kämpfe in dem 1887 gegründeten Verbands, ehe sich der reine gewerkschaftliche Charakter durchsetzte. Und noch jahrelang lag das Gewicht der Organisationen und der Verbandsstätigkeit in den fast selbständigen Filialen; nur allmählich setzte sich die zentrale Auffassung durch — auch eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung und der damit immer umfangreicher werdenden Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese Kämpfe gestalteten in erfrischender Weise das Denken und Fühlen der Steinseger völlig um und rotteten so die letzten Spuren zünftlerischen Denkens aus.

So gewann der Verband an innerer Stärke und an Vertrauen unter den Berufsangehörigen. Das zeigte sich bald an der Steigerung der Mitgliederzahlen und der Kräftigung der Verbandsfinanzen. Zählte er 1893 2249 Mitglieder, so überschritt er 1900 das vierte Tausend, 1907 dagegen schon das zehnte Tausend. Und die Beiträge stiegen von rund 7000 Mk. im Jahre 1893 auf über 10000 Mk. im Jahre 1895, und von da Jahr um Jahr auf mehr als 200000 Mk. im Jahre 1911. So gelang es auch dem Verbands, in beträchtlichem Umfange die Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder und damit auch der sonstigen Berufsangehörigen zu verbessern. Um rund 100 Prozent sind die Löhne in den 25 Jahren Verbandsstätigkeit gestiegen und die vielfach noch 13 bis 14 Stunden betragende Arbeitszeit wurde ganz bedeutend verkürzt. So daß heute Tausende von Berufsangehörigen unter zehn Stunden täglich arbeiten; 1901 hatten schon 1068 Mann den Neunfundentag. Für den weitaus größten Teil der Mitglieder ist das Arbeitsverhältnis auch tariflich geregelt.

selbst, das Leben, aus dem ich in die einsame Größe des Meeres gestürzt war, Zukunft und Vergangenheit, denn mein Denken begann von der stillen Gewalt des nächtlichen Meeres erdrückt zu werden. Und wäre ich da oben eingeschlafen und ins Wasser gerollt — das Sterben wäre mir inmitten einer stillen großen Welt des Todes kaum zu schmerzlichem Bewußtsein gekommen.

Das einzige Symbol des allgemeinen Lebens war der Scheinwerfer vom Leuchtturm des Kriegshafens, dessen Licht hundentweit sichtbar über das Meer glitt. Daß man doch mitten auf dem Meere an das Leben nur durch eine sozial-militaristische, Einrichtung erinnert wird! Dieses nach Polizeimantel umhergehende Licht stürzte, langweilte und ärgerte mich, und in die Wirklichkeit zurückgeführt ging ich schlafen. Und dann kam der Morgen und Genua — beide in traumhaft schönem Erwachen. Wie ich zum erstenmal wirklich die rosenfarbige See sah, da löste ein noch größeres Wunder das andere ab: das tief schwarze Meer nahm mit einem Male sein himmlisch blaues Gewand an. Und in dem Augenblick starb jeder Rest einer Philologenseele, meine Lehrer schienen mir mit ihrer tiefen Weisheit auf noch tieferem Meeresgrunde zu liegen und homerische Verse jubelten durch mein Gehirn, bis ich längst in Genua an Land gegangen war.

Genua! Das war ein Erwachen aus den Träumen! In der Stadt, die man in Italien die stolze nennt. Ich fand hier kein Livorno. Fast machte ich mir Vorwürfe, daß ich so achtlos an der Eigenart des Volkslebens vorbeiging. Ich studierte hier nicht wie in Livorno die Stätten der Arbeit, und selbst das italienische Treiben riß mich hier zu keinem Forschen und Mitleben fort. Aber ein anderes nahm mich völlig gefangen und drohte mir das vernünftige Denken zu verwirren. Ich fand mich plötzlich in seltsamer Weise in mein Vaterland zurückversetzt und lernte ein Stück Heimat in einer Grundsätzlichkeit kennen, die mir bisher ver sagt gewesen war. Denn ich ging nach Italien, um Dichter zu werden und suchte noch italienische Sonnenglut in Verse umzusetzen, als ich mich der Finsternis und dem Schatten der Not gegenüber sah. Heute weiß ich, daß ich schon damals in Florenz nicht allein aus Mitleid zu den traurigen Gestalten getrieben wurde, die dort in den herrlichen Säulengängen der Uffizien sich ein Stillsitzen der gemeinsamen Not geben. Und jetzt verließen mich diese Schatten auf Schritt und Tritt nicht mehr. Täglich gingen wir vorbei an den Märtyrern der Landstraße, die völlig zerlumpt am Hafen umherlungern, fast

ganz auf das Mitleid selbst armer Deutscher und die Nachsicht der in dieser Hinsicht gewiß nicht pietätarmen Karabinieri angewiesen. Ich begann mitzufühlen, wenn die jungen Deutschen den Feuer mit Witten und Drängen überließen, ließ auch über mich eine durch ihren gänzlich welfremden Humor possenartige Seemannspastorensrede ergehen, stürmte mit den wilden Gefellen dann aus dem Seemannsheim fort, um noch einen Rest des verdoobenen Abends für den Genuß zu retten — und während ich mich hilflos einer ganzen neuen Welt von Glend, Entörung und in geringerem Maß von wirklicher Verworfenheit gegenüber sah, riß mich diese neue Lebensumgebung immer weiter mit sich fort, bis mich Neugierde und Not, die oft das Hauptgeschick einer Künstlerseele gestalten, mit der gleichen Notwendigkeit aufs Schiff trieben, mit der sich Wellen vom Winde jagen lassen. Es war ein schier betäubendes Wirrwarr von Menschen und Schicksalen, fertigen und abgeschlossenen: der deutsche Oberlehrer, der Kleider flüchte, der ruinierte Fabrikant, der als Kellner wieder in die Höhe kam, arme Arbeiter, die nach Schiffsverdienst hungerten — die Landstraße des Auslandes ist eine billige Arbeitsvermittlerin der großen deutschen Meereserei — Deserteure und all die armen Teufel, die vor der „Gerechtigkeit“ fliehen zu können glauben. Und alle waren sie gleich in ihren Träumen von Rettung und Glück im sagenhaften Amerika und in ihrem Dursten nach Betäubung. Ich habe gerade in Hafenstädten die Erfahrung gemacht, wie sehr ein Gram, der im Herzen kriecht, rastlos nach Betäubung durch Freude drängt und fühlte mich hingerissen durch die eigenartige künstlerische Stimmung, die im Verlieren der Grenzen zwischen Freude und Schmerz, Gewissen und Leidenschaft, Freundschaft und Feindschaft und in all dem Zauber dessen, was man Seemannsleben nennt, liegt. Ich werde weder den jungen Galizier vergessen, der von seinem Vater mit einem großen Zauberkasten beschenkt, als Aufwächser die Reise ins amerikanische Glück antrat, noch den Deuteur, den wir auf dem Schiffe „verstaute“, wo er, unter den Kohlen entdeckt, sich unter die Kojen flüchtete und dort zwei Tage halberhungert einen Kampf mit allem Ungeziefer führte, bis man ihn auch dort entdeckte, in die Gefangenenkajüte sperrte und endlich mittellos in Palermo aufs Land warf. Als ich ihn später wieder in Genua traf — da war er um dreißig Pfund abgemagert, ein kranker, völlig hoffnungsloser Mensch geworden. Ich werde auch mich selbst nie vergessen, wie ich, als wir an der Insel Elba vorbeifuhren, in Träumen meinen Blick nach dem

Napoleonsdenkmal schweifen ließ und vergaß, daß ich eine große Mittonne auskulereen hatte, bis mich einer wütend ansärie und ich noch wütender die ganze Tonne ins Meer warf. Bergessen habe ich aber leider die ganze Miltliche Straßpredigt des Kochs, der mir sagte, ich könnte ruhig aussteigen, wann ich wollte. Vorfichtshalber machte ich erst davon Gebrauch, als das Schiff vor Neapel anlegte.

Neapel! Du Königin der Meeresstädte, du liebst mich erst die ganze Schönheit einer Hafenstadt erkennen. Du liegst in deiner sonnenigen Größe da und verachtet das Meer, wenn es nicht deine eigene Schönheit spiegeln will. Ich war selten so glücklich wie damals, als ich ohne Geld und in schmutzigem Kleide durch deine verrufensten Gassen strich, bis gefährlich aussehende Menschen mich mit der Güte von Vätern in ein sauberes Logis führten, mir beim Abschied noch herzlich Glück wünschend. So lernte ich die gefährliche Verbrecherstadt kennen. Gern wäre ich in dieser Stadt lebensvoller Größe vor Anker gegangen — aber schon nach zwei Tagen mußte Abschied genommen werden, und dann begann ein ruheloses Durchqueren anderer Länder und meines sogenannten Vaterlandes, das Geld für Luftschiffe verpulvert, durch verschwenderisch-plumpe Denkmäler die Kunst vergewaltigt, aber so wenig Sinn für Dichter und andere Geistesproletarier wie für die ganze Masse des errechten Volkes hat. Darum danke die Fischer von Neapel ihrem Sonnengott, daß er sie nicht hat deutsche Schriftsteller werden lassen.

Und dann ging ich gelegentlich einmal in Hamburg vor Anker — nicht wörtlich natürlich, denn bei meinem ersten Versuch als Seemann ist es geblieben. Ich bewunderte dort die imponierende Arbeitsstätte des Hafens, den Altrammel, die Hoch- und Untergrundbahn, die großen Krabbe und das Bismarckdenkmal, wurde gelegentlich auch durch Papageienrufe und zweifelhafte geschmacklose Kneipen und das bunte Gemisch von exotischen Völkern an eine Seemannsstadt erinnert, bangte aber vor der Nähe all der großartigen Seunternehmungen, atmete Kapitalisten- und Polizeigeist ein, vor denen sich das rechte Seemannsleben schon vertriebt, und dachte trotz der ordentlichen, streng polizeilich geregelten deutschen Verhältnisse mit Wehmut und Sehnsucht an das echte und ernste Livorno, an das abenteuerlustige und schmerzliche Genua und hätte alles darum gegeben, hätte ich noch einmal Gelegenheit gehabt, mich für Neuyork anwerben zu lassen und in Neapel zu desertieren.